

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal zzgl. Bestellgeb.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Sophienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro 3spaltige Zeitspalte 20 Pf.,  
für Verbandsangehörige 10 Pf.  
Privatanzeigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Pro. 49

Stuttgart, den 8. Dezember 1900

16. Jahrgang

Die reisenden Kollegen werden ersucht, bei ihrer Zureise nach den Städten, wo Lohnbewegungen stattgefunden haben, bevor sie Stellung nehmen, sich zunächst bei den betreffenden Bevollmächtigten resp. Unterstützungsauszahlern nach den dortigen Minimallohnen, der Arbeitszeit zc. zu erkundigen.

## Bekanntmachung

### des Verbandsvorstandes.

Die Ersatzbücher für die im Jahre 1895 ausgestellten Mitgliedsbücher werden vom Verbandsvorstand ausgefertigt, wie bereits in der Nummer 47 dieser Zeitung bekannt gegeben. Wir machen nun darauf aufmerksam, daß die Einsendung ablaufender Mitgliedsbücher auch schon vor dem 1. Januar erfolgen kann, sobald die Beiträge für das laufende Jahr voll bezahlt sind. Baldmöglichste Einsendung seitens der Bevollmächtigten ist wünschenswert, damit die Arbeit der Ausstellung sich vertheilt und nicht alles sich in den ersten Wochen des Jahres zusammenbrängt. — Vor Einsendung der alten Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind, weil nur dadurch ein richtiger Uebertrag in das neue Mitgliedsbuch möglich ist.

### Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

## Der neue Tarif.

VI.

Steifbrotschüren haben für Leimen, aufpappen u. s. w. die Preise spezialisiert erhalten und sind diese im Durchschnitt erhöht. „Bedruckte Rücken anmachen“ erhalten 20 Prozent Zuschlag. Die Preise verstehen sich für Bücher bis 5 Bogen, für solche von 6 bis 10 Bogen sind 5 Prozent Zuschlag, für je weitere 5 Bogen  $7\frac{1}{2}$  Prozent vorgesehen. „Stilletten auf- und über den Rücken aufkleben“, „Schilder aufkleben“ (Seite) und „steife Brotschüren einhängen und anpappen“ sind Neupositionen.

„Kalendertaschen, Taschen und Desen machen“ ist mit ganz geringer Aenderung nach der Gehilfenvorlage festgesetzt worden.

„Mappen machen“ hat im Durchschnitt die alten Preise behalten und ist insofern besser, als es jetzt nicht mehr heißt 28 bis 35 Pf., sondern für jedes Format die Preise angegeben sind. Die Preise gelten nur für Mappen bis 4 Ctm. Klappenweite, für jeden weiteren Centimeter sind pro 100 Mappen 50 Pf. mehr zu bezahlen. „Mappen ohne Separationen“ ist durchgehends erhöht und hat „Mappen durchgehend ausfüllern“ und „Seporello-Album ausfüllern“ als Neuposition erhalten.

„Klapparton machen“ hat im Durchschnitt die geforderten Preise erhalten und ist noch dadurch verbessert, als die Preise für Karton bis 6 Ctm. gelten und für je weitere 2 Ctm. 5 Prozent Zuschlag zu zahlen ist.

Ein vollständig neues und sehr notwendiges Kapitel ist:

„Kataloge oder sonstige bessere Brotschüren mit Vorsatz“; dasselbe enthält eine Menge Arbeiten, die bis jetzt (weil im alten Tarif nicht angeführt) freier Vereinbarung überlassen waren,

bei denen die Kollegen teilweise sehr schlechte Preise erhielten.

„Das Brotschüren“ nahm vier Sitzungen mit den Prinzipalen in Anspruch, drei verliefen so ziemlich resultatlos, weil man sich nicht einigen konnte.

Sind auch die in der Gehilfenvorlage geforderten Preissätze nicht erreicht worden, so sind doch die Preissätze durchgehends erhöht worden, bis auf Quart. Da wurde von den Prinzipalen behauptet, die alte Tarifvorlage sei auf 8 Blatt pro Bogen berechnet gewesen, während die Gehilfen 4 Blatt bisher als Bogen berechnet haben. Es wurde deshalb der Passus 1000 halbe Bogen Format 12 bis 14 10 Prozent weniger vom Gesamtpreis neu aufgenommen, die Prinzipale wollten unbedingt 25 Prozent in Abzug bringen. Dieser Passus war ein Hauptpunkt und hat uns mehrere Abende gekostet. Es ist durch die Annahme von nur 10 Prozent vermieden worden, daß die Kollegen eine Schädigung bei Quart erfahren.

Ferner sind jetzt bis zu 12 Bogen die Preise für Leimen, Ausreißen, Einhängen, Abpußen festgelegt worden, also bis 12 Bogen gerechnet ist Grundposition. „Für jedes weitere 1000 Bogen giebt es 29, 31, 38, 40 Pf. Zuschlag.“ Wenn also 1000 Bücher Oktav 16 Bogen stark sind, so beträgt der Preis bei 1000 Exemplaren bis 12 Bogen 4,42 Mt. und 4000 Bogen mal 29 Pf. gleich 1,16 Mt., macht 5,58 Mt. Gesamtpreis. Es ist durch diese Berechnungsweise vermieden, daß man, wie im alten Tarif z. B. für 25, 26 Bogen brotschüren weniger erhält als für 24 Bogen.

Neu in den Tarif sind folgende Positionen aufgenommen worden: „Bei schwachen Brotschüren, welche geleimt oder gekleistert und gleich eingehangen werden, ist 30 Prozent für Ausreißen mit zu bezahlen.“ „Brotschüren mit der Fadenstichtmaschine geheftet, ist ein Zuschlag nach Uebereinkunft zu bezahlen.“

„Querformat, sowie Taschirte Umschläge ist 10 Prozent des Gesamtpreises mehr zu bezahlen.“ „Anstatt früher 25 Prozent Zuschlag nur auf Einhängen.“

„Florpost, stark satiniertes, oder Wellpapier ist 25 Prozent Zuschlag zu zahlen.“

„Brotschüren in der Presse leimen 10 Prozent mehr. In der Presse anreiben 15 Prozent mehr.“

„Brotschüren mit zurückgebrochenem Umschlag (Umschlag anschlüpfen) mit Falzeinhängen nach Uebereinkunft.“

„Jedes lose Blatt, Bild oder Karte ist als ein Bogen zu berechnen, ebenso gelten an Falz gehangene Karten, Bilder oder Tabellen von 2 bis 8 Blatt, von Format 15 an bis 4 Blatt als ein Bogen.“

„Umschläge ohne Anlage müssen abgestochen werden.“

„Vorsatz vorleben und Borrichten sind die Preise wie bei gebundenen Büchern zu berechnen.“

„Alle Brotschüren umbrotschüren ist auf Stunde zu berechnen.“

„Brotschüren bis 100 Exemplare brotschüren 25 Prozent Zuschlag.“

„Umschläge schneiden ist auf Stunde zu berechnen.“ Brotschüren auf Gaze geheftet, abschneiden sind die Preise bedeutend erhöht worden, beim Oktav z. B. von früher 1 Mt. jetzt 1,50 Mt., bei Quart von 1,25 Mt. früher und jetzt 2 Mt., bei Folio von 1,50 Mt. früher 2,20 bis 2,30 Mt. jetzt.

Sind auch die Preise noch nicht der Gehilfenvorlage entsprechend erhöht worden, um den früheren Fehler im Tarif auszuweichen, so muß doch anerkannt werden, daß die Preissätze für diesmal annehmbar waren. Es sind dies alles Vortheile, welche von den Kollegen ausgenützt werden müssen und thun sie das, dann wird auch das Brotschüren für die Kollegen etwas mehr zufriedenstellend sein als beim alten Tarif.

Beim Falzeln sind die Herren Prinzipale noch über die geforderten Preise der Gehilfenvorlage gegangen; da dies die Schlußposition des Tarifs ist, wollen wir annehmen, unsere Prinzipale haben sich von dem Grundsatz leiten lassen:

Ende gut, Alles gut!

Die „Allgemeinen Bestimmungen“ sind an dieser Stelle wörtlich zum Abdruck gekommen und erübrigt sich ein näheres Eingehen auf dieselben. Die Arbeitszeit wurde, abgesehen von vier Geschäften in Leipzig, wöchentlich um drei Viertelstunden gekürzt. Der Minimalwochenlohn ist in Leipzig um über 2 Mt., in Berlin um circa 3 Mt., in Stuttgart um circa 4 Mt. gestiegen, ein Resultat, mit dem wir wohl zufrieden sein können.

Die Bestimmungen für die Arbeiterinnen, respektive die festgesetzten Löhne und Akkordsätze, hat meines Wissens ein anderer Beruf überhaupt nicht aufzuweisen.

Die Zukunft wird lehren, ob unsere Kolleginnen dies zu würdigen wissen, oder ob sie nach der Bewegung wieder in den alten Schlenrian, die nicht genug zu verurtheilende schädigende Gleichgiltigkeit verfallen.

Die Akkordarbeiter können mit dem Tarif voll zufrieden sein, vorausgesetzt, daß sie alle diejenigen Propositionen, die zu ihren Gunsten sind, auch voll und ganz ausnützen, und nicht, wie es leider in Leipzig schon geschehen, wohl über einen schlechten Preis schimpfen, jedoch dort, wo dieser dem Prinzipal zu hoch ist, besondere Abmachungen treffen wollen. Dies darf unter keinen Umständen geschehen, damit würde der ganze Tarif und der Zweck desselben hinfällig. Der Tarif ist mit den Prinzipalen aus der von ihnen gewünschten neuen Grundlage ausgearbeitet, von diesen anerkannt und in Folge dessen auch eingehalten.

Unter Tarif arbeiten ist ein Vergehen gegen die Gesamtheit, dessen sich Nie-

man verantworten kann. An den Kollegen und Kolleginnen liegt es, durch Festhalten an der Organisation das Gute, was der Tarif enthält, zu halten, Fehler und Mängel desselben nach Ablauf der drei Jahre zu beseitigen.

Keine Revision, keine Bewegung wird Alle befriedigen; der vorurteillose Kenner jedoch wird zugeben müssen, daß für die in Betracht kommenden durch den Tarif ganz bedeutende Verbesserungen geschaffen wurden.

Mögen die Kollegen und Kolleginnen dafür sorgen, daß ihnen diese erhalten bleiben.

A. Friisch.

### Zur sozialen Lage der Buchbinder in München.

München, Bayerns Haupt- und Residenzstadt, die vielgenannte Kunstmetropole, die Heimstätte des berühmten Bieres, die Stadt, in der die „Gemütslichkeit nie ausstritt“, wird häufig — theils mit Absicht, theils aus Unkenntnis — als „billige Stadt“ hingestellt. Daß dies ein Irrthum ist, beweist nicht nur ein Blick in Dr. Jastrons vortreffliche Zeitschrift: „Der Arbeitsmarkt“, sondern noch vielmehr ein Beispiel aus dem praktischen Leben. Nehmen wir das Wochenbudget eines unverheiratheten Buchbindergehilfen (in München).

Wochenbudget eines unverheiratheten Buchbindergehilfen in München:

a) Ausgaben zum Lebensunterhalt an einem Wochen-(Arbeits-)tag:	
Frühstaeffe mit Brot	Mk. —,15
Frühstück (1/2 Liter Bier, Brot: 13, 3)	= —,16
Mittagessen (Essen, 1/2 Liter Bier, Brot, Trinkgeld für Kellnerin: 40, 13, 3, 2)	= —,58
Beise (1/2 Liter Bier, Brot: 13, 3)	= —,16
Abendessen (Wurstwaren, 3/4 Liter — 3 Quartl — Bier, 2 Brot: 30, 20, 6)	= —,56
Zuf. f. 6 Arbeitstage à	Mk. 1,61
Mk. 9,66	
b) Ausgaben an einem Sonn- (oder Feier-)tag:	
Frühstaeffe mit Brot	Mk. —,15
Frühstück (1/2 Liter Bier, 2 Weiswürste, Brot: 13, 24, 3)	= —,40
Mittagessen (1 Liter Bier, Essen, Brot, Trinkgeld: 26, 40, 3, 3)	= —,72
Nachmittag (Entreé zu einem Konzert, 2 Liter Bier, Essen, Brot, Trinkgeld: 30, 60, 30, 3, 5)	= 1,28
Abend (Essen, 2 Liter Bier, Brot, Trinkgeld: 50, 52, 3, 5)	= 1,10
5 Stück Zigarren à 6 Pf.	= —,30
Mk. 3,95	
Miethe für Logis	= 2,50
Wäsche (für Wäsche)	= —,45
Rasiren	= —,20
Beiträge für Kranken- u. Invalidenversicherung	= —,60
Beitrag zum Verband (inkl. Arbeitersekretariat)	= —,47
Ausgaben f. Bildungszwecke, Zeitungsabonnement	= —,60
Kleinere Ausgaben für Licht, Seife, Brausebad, Schuhwache, bezw. Reinigen zc.	= —,50
Für Kleidung, Wäsche und Schuhe (pro Jahr ca. 90 Mk)	= 1,70
Für Steuern (Einkommensteuer)	= —,18
Summa: Mk. 20,81	

Jeder redlich denkende und vorurteilsfreie Mensch, der die Münchener Lebensverhältnisse kennt, wird zugeben, daß dieses Budget keineswegs „kurios“ genannt werden kann, daß vielmehr dieser Gehilfe, der in der „Fremde“ ist und nur das sein nennt, was er verdient, sehr bescheidene Ansprüche an das Leben stellt, solch ist und mit seinem Einkommen ökonomisch zu wirtschaften versteht.

Dieses Budget ist so gestellt, daß der Betreffende gerade nicht hungern muß, daß er aber keineswegs sich dem „Fraz“ und der „Billerei“ hingeben kann.

In der „Vierstadt München“ wird kaum Jemand 1 1/2 Liter Bier an einem Arbeitstag als viel und die Mittagsgäste wie die Abendgäste (letztere besteht in der Regel nur aus Wurstwaren) als „üppig“ bezeichnen. Leistet sich dagegen der Gehilfe am Sonntag einmal einen

„guten Tag“, ißt und trinkt etwas mehr wie an einem Wochentag, raucht einige Zigarren, so wird ihn wohl Niemand darum beneiden. Für Logis 2,50 Mk. pro Woche ist fast zu niedrig angelegt, dafür bekommt man nur eine Schlafstelle (Zimmer mit zwei Betten für zwei Mann); für 10 Mk. pro Monat ein möblirtes Zimmer zu bekommen ist jetzt eine Seltenheit, ja selbst für 12 Mk. ist kaum eines aufzutreiben.

Nun braucht aber auch jeder Mensch Kleidung, Wäsche und Schuhe, auch ein Buchbindergehilfe bildet keine Ausnahme, er soll sogar auch „anständig“ daher kommen. Die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung werden schon gleich vom Lohne abgezogen; den Beitrag für den Verband muß er doch auch bezahlen; er hat schließlich Interesse, wie es in der Welt zugeht und abonniert eine Zeitung; auch hat er noch sonstige kleine Ausgaben, wie Licht — Feuerung habe ich gar nicht bemerkt —, und zu guter Letzt muß er auch noch Steuern bezahlen. Wenn wir alles zusammenzählen, so ergibt dies die Summe von 20,81 Mk. pro Woche an Ausgaben!

Nun wird aber Jedermann glauben, ein Buchbindergehilfe in München wird schon ein entsprechendes Einkommen haben, er kann sich womöglich noch schönes Geld sparen, um sich später einmal selbständig machen zu können, wie in der „guten alten Zeit!“

Doch weit gefehlt! — Der Minimallohn für Buchbinder ist — 18 Mk. — 18 Mk.!! In der „Großstadt München“ 18 Mk. Doch nicht genug damit, so gar noch darunter wird bezahlt. Somit hat ein Buchbindergehilfe (notabene bei voller Woche) pro Woche ein Defizit von 2,81 Mk.!

Wenn nun ein Buchbindergehilfe bei einer vollen Woche ein Defizit von 2,81 Mk. hat, wie kann man dann da noch von „Ersparen“ sprechen? Was thut er denn, wenn ein Feiertag in der Woche ist? Da bleibt ihm weiter nichts übrig, als entweder in die „Volksküche“ zu gehen oder zur „Wachparade auf den Marienplatz“.

Ob in München nun gar keine Aussicht ist, daß sich diese traurigen Verhältnisse bessern? O ja! —

Wenn sich die Verhältnisse bessern sollen, so muß es den im Beruf thätigen Arbeitern und Arbeiterinnen auch Ernst damit sein. Nur durch eigene Kraft und durch Einigkeit läßt sich etwas erreichen.

Die Herren Meister, die es nicht fertig bringen, einen Nagler in München unmöglich zu machen, sind einig, sobald die Arbeiterchaft mit Forderungen an sie herantritt. Sie werden die Antwort geben: „Wir können nicht mehr bezahlen!“

Wie lange soll dieser Zustand noch dauern? Wie lange sollen noch Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen unter diesen traurigen Zuständen ihr Dasein fristen? Wenn die Herren „Meister“ es nicht fertig bringen, trotz des jahrelangen Innungsstummels „das Handwerk zu heben“ und somit auch für ihre Arbeiter bessere Preise (siehe Staatsbibliothek) zu fordern, wenn die Herren es noch nicht fertig gebracht haben, ihre Lehrlinge so auszubilden, daß sie einen Minimallohn verdienen, dann ist es traurig, sehr traurig um diese Meister bestellt!

Es ist uns ja kein Geheimniß, daß unter all den „Meistern“, welche im Adressbuch verzeichnet sind, auch weniger gut situirte Existenzen sind, es sind aber auch Hausbesitzer, Aktionäre und — last not least — „Kommerzienräthe“ darunter. Daraus geht also hervor, daß die Buchbinderei noch immer ein Handwerk ist, welches „goldenen Boden“ hat! Die Herren sind demnach nicht so armselig daran, sie könnten schon, aber sie wollen nicht! —

Darum, ihr Buchbindergehilfen Münchens, ermannt Euch, tretet ein in den Kampf um bessere Lebensbedingungen, um eine bessere Existenz, was Ihr unternehmt, ist nur einzig und allein für Euer eigenes Wohl!

NB. Beihellige sich Jeder recht eifrig an den statitischen Arbeiten, um durch dieselben ein richtiges Bild der herrschenden Zustände zu erhalten. — Z.

### Max Nagler,

der Buchbinder-Kommerzienrath und Handwerksretter vor Gericht.

Wie gut es ist, wenn einmal als Hecht im Karpenteich einer unserer Kollegen in die Zwangsinnungen hineingebracht wird und welche hohe Existenzberechtigung

manche Innungskasse hat, zeigt der vorliegende Fall. Wir konnten uns leider bisher nicht mit diesem interessanten Falle beschäftigen, da der Raum der Zeitung anderweitig zu sehr in Anspruch genommen wurde; trotzdem ist der Prozeß des Kommerzienraths Nagler gegen unseren Kollegen Dittrich und noch einem Mitglied der Innung in München von so großem Interesse, daß wir ihn an der Hand des Berichtes der „Münchener Post“ hier ausführlich wiedergeben.

Ein Mittelmittel zur Hebung des Handwerkes erblickten unsere Innungsapostel bekanntlich in der Gründung von Zwangsinnungen. Daß bei Inkrafttreten des Handwerkergesetzes der Obermeister der früheren Buchbinderinnung Max Nagler einer der Ersten war, der seinen Freunden im Popkonzilium den Vorschlag machte, die freie Innung in eine Zwangsinnung umzumodeln, ist bei dem „weitaussehenden Blick“ des Herrn Kommerzienraths so sicher, wie 2mal 2 gleich 4. Ebenso war es für ihn so klar wie dicke Linte, daß Niemand Anderer als Er die Geschäfte dieser neuen Zwangsinnung zu leiten vermag, weshalb es für JHN bombenfest stand, daß nur Er als Obermeister der Innung gewählt werden kann. Doch es kam anders! Nagler, „dem das Handwerk so viel verband“, erlitt bei der Wahl eine Niederlage, er wurde abgesetzt und neue Männer wurden an die Spitze der Zwangsinnung gestellt. Und oft mag sich Max Nagler schon gesagt haben, daß es ein dummer Streich war, die Gründung einer Zwangsinnung zu betreiben, denn die Geister, die er rief, wurde er nicht mehr los. Die neuen Männer traten in Aktion, doch nur unter vielen Mühen und Laufereien war es dem neuen Innungsausschuß möglich, Bücher, Belege und Inventar der Innung zu bekommen, und als dem neuen Ausschuß dies endlich gelungen war, grüßte ihn ein — „Banana“ entgegen. Die Innungskrankenkasse hatte ein großes Defizit und nun wurde es den „lieben Kollegen“ erst klar, warum es Max Nagler mit der Gründung einer Zwangsinnung so sehr pressirt hatte. Max Nagler sollte über verschobene dunkle Punkte in seiner Geschäftsführung Aufklärung geben, aber so oft er vor den neuen Ausschuß oder zur Versammlung eingeladen war, zog er es vor, nicht zu erscheinen. Die im Statut vorgesehenen Strafbestimmungen für Schwänzen der Versammlungen, die der Ausschuß Herrn Nagler gegenüber wiederholt in Anwendung brachte, erwiesen sich nicht ausreichend, den Handwerksretter vor die Versammlung zu kriegen. Darum wurde in der Innungsversammlung der Buchbinder vom 27. April im Protokoll der Haderbrauerei das Gebahren des Herrn Kommerzienraths Nagler von mehreren Rednern einer scharfen Kritik unterzogen. Hofbuchbindermeister Wieselsberger soll da unter Anderem behauptet haben, Nagler habe vorsätzlich die Bilanzen der Innungskrankenkasse gefälscht, um die finanzielle Lage zu verschleiern, er habe absichtlich die Abschlüsse so eingerichtet, daß Einnahmen und Ausgaben sich decken. Darin liege eine Vorpiegelung unwahrer und falscher Thatsachen; Kommerzienrath Nagler verdiene keine Schonung, sondern er müsse dem Staatsanwalt überliefert werden. Ferner meinte der genannte Redner, Nagler sei bei jedem denkenden Menschen gerichtet, er (Wieselsberger) habe die Machinationen Naglers von jeher verfolgt. Nagler habe zwar einmal florirt, aber durch Anwendung welcher Mittel! Münchens Handwerk habe Nagler nun den Abschied gegeben.

Neulich äußerte sich angeblich damals Buchbindermeister Dittrich; auch er machte Herrn Nagler den schwereren Vorwurf, daß er vorsätzlich die Rechnungsabschlüsse der Innungskrankenkasse gefälscht habe. Wegen dieser schweren Vorwürfe stellte Kommerzienrath Nagler Beleidigungsklage gegen Wieselsberger und Dittrich in Aussicht, die er auch — kurz vor der Verzögerung — durch Rechtsanwalt Kahn einreichen ließ. In seiner schriftlichen Begründung führte der Vertheidiger des Max Nagler aus, daß die Beschuldigungen nichts anderes seien, als der Ausfluß persönlicher Geßässigkeit der Herren Wieselsberger und Dittrich. Das Verhalten dieser Herren habe, wie aus dem damaligen Versammlungsbericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ hervorgehe, den Eindruck hervorgerufen, daß es diesen Herren nur darum zu thun sei, den Kommerzienrath Nagler zu vernichten. Sämmtliche gegen Herrn Nagler erhobenen Vorwürfe seien unwahr und wider besseres Wissen gemacht. Die glatte Unwahrheit aber sei es, wenn von den Beklagten behauptet werde, Herr Nagler habe irgend welchen Rechnungsposten gefälscht

montag; an letzteren drei Tagen wird in den meisten Geschäften Nachmittags nicht gearbeitet oder höchstens bis 4 Uhr.

\* Vergleiche Nr. 3 vom 1. November 1860, nach welcher in München der wöchentliche Familienbedarf an Nahrungsmitteln 21,81 Mk. beträgt und München als dritttheuerste Stadt figurirt.

\* Es giebt in München ca. neun „geseliche“ und ebenso viele „nicht geseliche“ Feiertage, außerdem noch „Fastmachtsdienstag“, „Oktoberfest“ und „Streichweih-

oder wider besseres Wissen einen solchen einsehen lassen. Ebenso bewußt unwahr sei es, daß Kommerzienrath Nagler irgend welche Machinationen angewendet habe, um seine führende Stellung im Münchener Gewerbeleben zu erringen. Es sei unwahr, daß das Handwerk Münchens Herrn Rath Nagler den „Abschied“ gegeben habe; erst in jüngerer Zeit sei Kommerzienrath Nagler ungeachtet der Treiberereien der Angeklagten und ihrer Anhänger einstimmig zum Präsidenten der offiziellen Vertretung des Handwerkes, der Handwerkerkammer für Oberbayern, gewählt worden.

Zu der Verhandlung sind die Beklagten Wieselberger und Dittrich persönlich erschienen und durch die Rechtsanwältin Dr. Goldschmidt II und Gab verbeistanden. Herr Kommerzienrath Nagler glänzte durch Abwesenheit. Er wird durch Rechtsanwalt Kahn vertreten. Ein Antrag des Rechtsanwalts Goldschmidt, das persönliche Erscheinen des Herrn Kommerzienraths anzuordnen, wurde vom Gericht abgelehnt. Zur Verhandlung sind prächtig Zeugen geladen, darunter die Rechtsräthe Dr. Menzinger und Heindl. Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Amtsrichter einen Vergleich an; der Vertreter des Kommerzienraths Nagler wäre einem Vergleich auf der Basis nicht abgeneigt, daß die Beklagten die beliebigen Vorwürfe unter dem Ausdruck des Bekauerns zurücknehmen und sämtliche Kosten tragen. Die Beklagten lehnen dies ab; der Beklagte Dittrich erklärte, daß er ein großes Interesse daran habe, daß die Verhandlung durchgeführt wird.

Die Grundlage der Beleidigungsklage bildet ein Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“. Der Beklagte Wieselberger giebt die in diesem Bericht ihm zugeschriebenen Behauptungen mit der Einschränkung zu, daß er nicht gesagt habe, die Bilanz sei absichtlich gefälscht; daß die Bilanz aber falsch war, könne doch selbst Nagler nicht bestreiten. Als vor 10 Jahren innerhalb der seinerzeitigen Innung eine Krankenkasse gegründet wurde, sei er mit weiteren 16 Herren gegen ein derartiges Projekt entschieden aufgetreten und als sie damals in Minderheit blieben, seien sie aus der Innung ausgetreten. Da aber Nagler erklärt habe, daß ihr Austritt nicht gültig sei, sondern daß sie ihre Beiträge noch ein volles Jahr lang leisten müßten, habe er die Zahlung weiterer Beiträge verweigert, so daß er dann aus der Innung ausgeschlossen worden sei. Mit der Umwandlung der freien Innung in eine Zwangsinnung sei auch er wider seinen Willen Mitglied der neuen Innung geworden. Als Nagler bei der Wahl als Obermeister unterlag und der neugewählte Obermeister Mais die Geschäfte übernahm, hätte ein Baarvermögen von etwa 1200 Mk. vorhanden sein sollen, es stellte sich aber bei näherer Prüfung heraus, daß statt dessen ein erhebliches Defizit vorhanden war. Im April konnte bereits ein Defizit von über 3000 Mk. festgestellt werden; da aber

noch fortgesetzt Rechnungen aus früheren Jahren, die Herrn Nagler wiederholt präsentirt worden waren, eingelesen, konnte endlich ein Defizit von über 4000 Mk. festgestellt werden. Es wurde beschlossen, die Kasse aufzulösen. Hierauf sei das ganze Inventar gepfändet worden. Mehrere Herren hätten hierauf einen Betrag von je 600 Mk. gezahlt, um die Versteigerung hintanzuhalten. Daß Nagler vom Handwerk der Abschied gegeben worden sei, sei Thatsache, sei ihm doch von einer öffentlichen Gastwirthsversammlung schon vor Jahren das Recht abgeprochen worden, sich als Vertreter des Handwerks zu geriren. Nagler kenne nur sein persönliches Ich. In seinem Ehrgeiz habe er sich überall rücksichtslos vorgebracht. Vor Gründung der Zwangsinnung habe Nagler wiederholt geäußert, wenn nur die Zwangsinnung einmal da ist, dann zahlen sie die Schulden schon.

Auch der Privatbeteiligte Dittrich bleibt dabei, daß falsche Abrechnungen vorgelegt wurden, für die Nagler und Eckl, der Sekretär des Gewerbevereins, verantwortlich seien; das habe er als Ausschussmitglied der Zwangsinnung sagen müssen. Auf die Frage des Amtsrichters, ob die Zwangsinnung noch bestehe, antwortete Dittrich: Nein, die geht am 1. Januar Dant der Naglerschen Handlungsweise zu Grunde. (Heiterkeit.) Als Mais die Geschäfte übernahm, sei die Ueberschuldung sofort entdeckt worden, weshalb er den Vorschlag machte, daß es am besten wäre, die Innungsstrankenkasse aufzulösen. Die Angelegenheit sei in einer Ausschussung besprochen und die Auflösung beschlossen worden. Er (Dittrich) sei mit dem Referat über diesen Punkt in der Innungsversammlung betraut worden. Das Material hierzu habe er von dem Obermeister Mais erhalten. Eine richtige detaillierte Abrechnung war von Nagler nie zu erhalten. Es war lediglich ein Zettel vorhanden, auf dem einige Zahlen standen. — Obermeister Mais hat von Nagler bis heute das Hauptbuch noch nicht zu sehen bekommen. Die Kasse wurde von uns dem Magistralrat zur Liquidation übergeben, da wir uns in dem Wust nicht zurechtfinden konnten. Inzwischen liefen aber Mahnbriefe über Mahnbriefe und Rechnungen über Rechnungen ein, deren Beträge die uns angegebenen Passiven weit überstiegen. Auf Vorhalt haben mir die Revisoren auf Ehrenwort erklärt, daß sie von diesen Schulden keine Ahnung hatten, das Gleiche erklärte die Aufsichtsbekörde.

Diese Verschleierung des wirklichen Schuldenstandes war nur möglich durch eine falsche Abrechnung. Eines Tages wurde Obermeister Mais zu Rechtsrath Doktor Menzinger berufen, wo ihm eröffnet wurde, daß er zu Ministerialrath Hauber gehen möge, wo er zur Deckung der Schulden aus einem Geheimfonds 3000 Mk. bekommen werde. (!) Obermeister Mais habe halbe Zusage gegeben, sei aber dann doch nicht zu dem Ministerial-

rath hingegangen. Hierauf hatte Nagler brieflich den Vorschlag gemacht, zur Deckung der Schulden ein unverzinsliches Darlehen bei der Regierung (!) aufzunehmen. Dies wurde abgelehnt. Darauf hatten verschiedene Nerzte ihre Forderungen an die Kasse eingeklagt, worauf der Antrag auf Auflösung der Krankenkasse von der Versammlung angenommen, der Antrag auf Konkursöffnung vom Amtsgericht aber abgelehnt worden sei. Hierauf hat Nagler eine Werk- und Hofgenossenschaft gegründet, um der Zwangsinnung hinterrücks die werthvollen Gravuren abzurücken zu können. Nagler und Sekretär Eckl waren nach unserer Ansicht diejenigen, die die Kasse hineingeritten und die falschen Abrechnungen gemacht haben. Daher auch jetzt die Negregklage gegen Nagler. Wären die Schulden bekannt gewesen, dann würde die Zwangsinnung nicht gegründet und nicht genehmigt worden sein.

Hierauf wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Die Aussagen der Zeugen waren für N. fast sämmtlich beläsend. Es ging aus der Verhandlung hervor, daß die Beiträge für die Kasse wiederholt erhöht werden mußten, auf Vorhalt habe N. immer auf die Gründung der Zwangsinnung hingewiesen, aber im alten Schlenbrian weiter gemacht. Die Gründung der Kasse entsprang nur seiner persönlichen Initiative; für die Verschlebung der Bilanzen sei N. formell verantwortlich. In den Innungsversammlungen ging es dann lebhaft her, schließlich wurde der Beschluß gefaßt, die Kasse aufzulösen.

Die Verhandlung endete wider Erwarten mit einem faulen Vergleich. Die Angeklagten erklärten, daß sie der persönlichen Ehrenhaftigkeit Naglers nicht zu nahe treten wollten und daß die Äußerungen durch die Presse unrichtig wiedergegeben wurden. Der Kläger und die beiden Beklagten theilten sich in die erwachsenen Kosten.

Dittrich gab darauf in den „Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung ab, in der es im Hinblick auf die Beilegung des Streites heißt:

„Der angeführte Vergleich kam auf wiederholtes Drängen des Rechtsanwalts Dr. Kahn, Vertreter des Klägers Nagler, zu Stande, jedoch mit der ausdrücklichen Erklärung, speziell meinerseits, daß von der Behauptung, es lägen wissenschaftlich falsche Abrechnungen vor, in diesem Vergleich absolut nichts zurückgenommen werden dürfe.“

Und in einer Versammlung der Buchbinder-Zwangsinnung, die sich ebenfalls mit dem „Fall“ Nagler eingehend beschäftigte, wurde nachfolgende Resolution angenommen:

„Die am 12. November 1900 im Lokal des Goldenen Anter tagende Innungsversammlung der Buchbinder-Zwangsinnung bebauert es sehr, daß der Vergleich im Prozeß Nagler gegen Wieselberger und Dittrich zu Stande kam, wodurch die Klärung über den wahren

## Die Buchbinderei auf der Pariser Weltausstellung.

Belgien.

(Schluß.)

Den ausgestellten Arbeiten der anderen Länder lassen sich die Belgiens fast alle an die Seite stellen. Da ist Buch- & Sehm mit Bänden fast nur in Oktavformat, ungefähr 20 Bücher in Leder und Handvergoldung, welche fast bei allen nach modernen Zeichnungen ausgeführt ist, ebenfalls 10 Bände in Decken mit Leberschnitt nach modernen Motiven. Paul Claessens-Brüssel hat 8 große Lederbände meistens nach Zeichnungen im Sezessionsstil ausgeführte Handvergoldungen ausgestellt. Ebenfalls finden sich 6 kleine Bände, welche nach sehr hübschen Mustern in Renaissancestil vergolbet sind.

Mme. G. Rykers & Sohn-Brüssel zeigen ihre Kunst an einer Anzahl Bücher in Leder, deren Ornamente fast alle farbig ausgelegt sind, einzelne Bände sogar ziemlich bunt. Die Kenturen sind nicht in Gold, sondern fast sämmtlich blind gedruckt. Eine reichhaltige Ausstellung ihrer Fabrikate hatte die Union des Papeteries (Brabant) veranstaltet. Es waren Schreib- & Papierenpapiere und war die Kollektion sehr reichhaltig. Als nächste Nachbarn will ich

Holland

nennen. Hier hat eine Firma 4 große Bände in Rindleder mit Leberschnitt ausgestellt. Unter diesen fallen besonders auf:

Ein Band, dessen Zeichnung noch farbig bemalt und ein anderer, dessen Vorderdecke ein Wappen schmückt, welches sehr hübsch, fein und sauber getrieben ist. An Materialien sind sonst noch ausgestellt die Fabrikate der Bergünzinger Papierfabrik, welche mit Packpapieren und

hauptsächlich mit sehr harter grauer Pappe und Glaspappe in allen Farben vertreten ist.

Mit sehr feinen Büttenspapieren und Kassetten sind Van Gelber Zonen von Amsterdam vertreten.

Dänemark

hat sich ebenfalls bemüht, etwas Besonderes zu leisten. Die Buchbinderschule in Kopenhagen hat 10 Bände in Leder mit Handvergoldung nach Motiven aus der Renaissance und Sezession ausgestellt. Eine Anzahl Decken und Rücken, theils einfacher, theils reicher verziert, zeigen, daß Dänemark im Handvergoldenen anderen Ländern nicht nachsteht. Eine kleine Ausstellung, die einen sehr guten Eindruck macht, ist die Kollektivausstellung der dänischen Buchgesellschaft. Etwas so Eigenartiges in Bezug auf Zeichnungen und Farbenzusammenstellung war auf der ganzen Ausstellung nicht zu finden. Es waren 30 Bände vorhanden, welche alle nach eigenartigen Motiven geschmückt und verziert waren. Man könnte sagen, die Zeichnungen seien nach nordischen Ornamenten ausgeführt. Dabei ist die Wirkung noch erhöht durch farbiges Leder aufgelegt und theilweiser Bemalung. Die Gesellschaft hat hier etwas gezeigt, was als die besten Sachen unter den kleinen Ausstellungen bezeichnet werden kann.

Norwegen

wird in der Buchbinderei durch die Firma H. M. Neessum-Christiana vertreten, welche eine Anzahl Leder- und Halbfranzbände ausgestellt hat, die selbstverständlich mit Handvergoldung in neuen und alten Stilen verziert sind. Da ich nun einmal im Norden bin, will ich gleich als Nachbarn

Rußland

erwähnen, welches in Buchbinderarbeiten fast gar nicht vertreten ist. M. Botorinik in Odesa hat eine Kollektion

Galanteriewaaren in echt Zuchten ausgestellt. Die Handfertigkeitschule in Helsingfors hat Wappen, Rahmen und Koffer, alles in Leberschnitt gearbeitet, ausgestellt; außerdem sind noch fünf Papierfabriken zu erwähnen, welche die mannigfaltigsten Sorten, wie Schreib-, Bösch-, Druck- und Emballagepapiere ausgestellt haben, sogar Zigarettenpapiere waren vertreten.

Oesterreich.

Vom Hofbuchbinder Hermann Scheibe findet sich eine ziemlich große, in Hand- und Preisvergoldung ausgeführte Kollektion vor. Die Bände weisen fast alle Goldschnitt auf, darunter einige silberf. Einige große Adressenmappen mit Beschlag gehören ebenfalls dazu.

In der Hauptsache jedoch ist Oesterreich mit Lederwaaren vertreten und zeichnet sich darin besonders N. Förster in Wien aus. Alles, was sich als sogenannte Galanteriewaaren in Leder herstellen läßt, ist hier zu finden. Bistets und Rahmen in allen Größen und Farben, mit Beschlag in modernster Art, Brieftaschen und Damentäschchen mit Vergoldungen und Beschlägen nach neuestem Stil und Räten in Leberschnitt zeigen die Kunstfertigkeit der modernen Industrie. Da das Ganze sehr gut arrangirt ist, so machte diese Kollektion den besten Eindruck. Als zweite Firma in Lederwaaren ist B. Buchwald & Komp. zu erwähnen. Ein Damenschreibtisch mit allem Zubehör, Bücherständer und Sessel und alle die Kleinigkeiten, welche auf einen Schreibtisch gehören, nehmen einen Platz für sich ein. Sämmtliche Sachen, große und kleine, sind in lila Leder gehalten, weiß ausgelegt und reich vergolbet. Das Ganze sieht etwas bunt aus und mühte selbstverständlich zu dem Zimmer passen, brachte jedoch auf der Ausstellung keine rechte Wirkung hervor. Die Firma ist

Sachverhalt in der Angelegenheit der früheren Innungs-  
 krankenkasse wieder verhindert wurde. Ferner spricht  
 die Innungsversammlung ihre Verwunderung darüber  
 aus, daß der klägerische Anwalt, trotzdem Herr Dittrich  
 ausdrücklich erklärte, er sei auch nachher noch der Mei-  
 nung, daß die Rechnungsabschlüsse wesentlich  
 falsch aufgestellt seien, den Vergleich acceptierte. Die  
 Innungsversammlung stellt sich auf den Standpunkt  
 des Herrn Dittrich und erklärt hiermit ausdrücklich, daß  
 sie auch nach wie vor der Meinung ist, daß die Rech-  
 nungsabschlüsse wesentlich falsch aufgestellt sind,  
 um die Klassenverhältnisse günstiger erscheinen zu lassen."

**Zum Konflikt in der „Leipziger  
 Volkszeitung“.**

Die langbestehenden Feindseligkeiten zwischen den  
 Verbandsmitgliedern und den Mitgliedern der Gewerkschaft  
 der Buchdrucker sind in der Dffizin der „Leipziger  
 Volkszeitung“ zum offenen Austrag gekommen.  
 Zwischen den leitenden Personen des Buchdruckerverbandes  
 einerseits und der „Leipziger Volkszeitung“ andererseits  
 bestanden ja schon seit längerer Zeit prinzipiell wider-  
 sprechende Ansichten, die oft schon zu scharfer Polemik  
 geführt haben, zwischen beiden Parteien.

Obwohl die Mehrzahl unserer Mitglieder in dieser  
 Angelegenheit unterrichtet sein dürften, glauben wir  
 dennoch eine kurze Skizzierung der Sachlage geben zu  
 müssen.

In der „Leipziger Volkszeitung“ wurden neben  
 30 Verbandsmitgliedern 17 Mitglieder der Gewerkschaft  
 beschäftigt. Durch Einführung von zwei Sezmashinen  
 sah sich — so giebt die Geschäftsleitung der „Leipziger  
 Volkszeitung“ an — diese veranlaßt, vom Seherpersonal  
 Einige zu entlassen. Die Geschäftsleitung hat hierbei  
 die Gepflogenheit, nicht nach der Anciennität (d. h. Be-  
 schäftigungsdauer, eigentlich Dienstbauer) bei Entlassungen  
 zu verfahren, sondern die Parteithätigkeit hierbei als  
 mitbestimmend in Betracht zu ziehen. Zuerst wurden  
 zwei Mitglieder der Gewerkschaft entlassen; als denen  
 kurz darauf zwei Verbandsmitglieder folgten, erkannten  
 diese die Berechtigung der Entlassung nicht an, sondern  
 glaubten darin einen seit langer Hand vorbereiteten  
 Schlag gegen ihre Organisation zu erblicken, in der  
 Entlassung das Bestreben erkennend, mit der Zeit die  
 Verbandsmitglieder „hinauszufchieben“, um Mitglieder  
 der Gewerkschaft an deren Stellen zu bringen, da nicht  
 Arbeitsmangel der Grund der Entlassung sein soll,  
 sondern nicht genügende Parteithätigkeit.

Zu letzterem sind aber die Leipziger Buchdrucker  
 durch die sonderbaren in Leipzig seit Jahren sich ent-  
 wickelten Verhältnisse nur in sehr beschränktem Maße  
 zugelassen, da verschiedene Beschlüsse sie von der Beschulung

von Aemtern ausschließen. Von diesen Gesichtspunkten  
 ausgehend erklärten sich die übrigen im Geschäft kon-  
 ditionirenden Verbandsmitglieder mit den zwei gekün-  
 digten, nunmehr als gemäßigelt betrachteten Kollegen  
 solidarisch und reichten ebenfalls ihre Kündigung ein.

Im „Correspondent“ (Buchdruckerorgan) wurde des-  
 halb die Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ als ge-  
 sperrt erklärt. Die „Leipziger Volkszeitung“ druckte diese  
 Erklärung ab mit der Einleitung:

**In eigener Sache.**

Gerade rechtzeitig, um noch vor den Stadtverordneten-  
 wahlen verständnisvolle Verwendung im „Leipziger Tage-  
 blatt“ und anderen bürgerlichen Blättern finden zu können,  
 veröffentlicht die Dienstagnummer des „Correspondent  
 für Buchdrucker“ folgende Erklärung:

(Folgt die Verhängung der Sperre.)

um sodann eine Darstellung des Sachverhaltes nach  
 ihrer Meinung zu geben mit dem Schlusse: Haben die  
 beteiligten Gehilfen an seiner Schilderung etwas aus-  
 zusetzen, so wird ihnen für die Korrektur der erforder-  
 liche Raum in unserem Blatte gewährt werden.

Die Ausständigen aber verdrängten auf dieses An-  
 erbieten, gaben dafür aber in einem Flugblatt eine Dar-  
 stellung des Konfliktes und folgende öffentliche an den  
 Plakataläulen in Leipzig zu lesende Erklärung ab:

„Dem Publikum gegenüber kurz zur Aufklärung,  
 der Redaktion und Geschäftsleitung der „Leipziger Volks-  
 zeitung“ aber zur Stärkung ihres Gedächtnisses diene  
 folgende Antwort auf ihren „ersten Schuß“:

Die heute aus dem Geschäft austretenden Mitglieder  
 des deutschen Buchdruckerverbandes treten nicht aus  
 wegen der Einführung der Sezmashinen im Geschäft,  
 auch nicht wegen der sich dadurch nötig machenden Ent-  
 lassungen, sondern weil:

1. den zwei entlassenen gegenüber erklärt wurde:  
 gegen ihre technische Tüchtigkeit sei nichts einzu-  
 wenden, aber sie arbeiteten nicht genügend für die  
 Partei;
2. weil mit dieser Motivierung Kollegen entlassen  
 wurden, die bereits sechs Jahre im Geschäft waren  
 und von denen einer heute noch einen Vertrauens-  
 posten in der Partei bekleidet, während der andere,  
 weil er sich seinerzeit gegen die Angriffe der  
 „Leipziger Volkszeitung“ auf unsere Organisation  
 gewendet, auf Verreiben und Antrag des Mit-  
 glieds der Gewerkschaft und Parteileitung, des  
 Herrn Seyffertz, aus der Partei ausgeschlossen  
 worden ist, von diesem Kollegen demnach eine  
 Thätigkeit für die Partei überhaupt nicht mehr  
 verlangt werden konnte;
3. weil die Kollegen in der Motivierung der ganzen  
 Art und Weise der Entlassungen nichts anderes  
 erblickten als die Anwendung der Stummischen

Praxis auf die Arbeiter in einem „Arbeiter-  
 geschäft“ und

4. weil die im Interesse ihrer gewerkschaftlichen Ehre  
 zur Kündigung Gezwungenen, wie sie das später  
 nachweisen werden, die Art und Weise der Ent-  
 lassungen als gegen ihre, gewissen Leuten in der  
 Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ wie in  
 der hiesigen Parteileitung verhasste Organisation  
 gerichtet ansehen.

Glaubt die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“  
 die Angelegenheit als „Feuerwerk“ behandeln zu können,  
 so zeigt uns das nur, wie wenig für sie die Interessen  
 der Partei, vielmehr die Befriedigung ihrer Eitelkeit und  
 Machtgelüste maßgebend sind.

Auf den uns gnädigt von der „Leipziger Volks-  
 zeitung“ zur Verfügung gestellten Raum verzichten wir,  
 da wir auch ohne diesen Mittel und Wege finden wer-  
 den, der Arbeiterchaft im Besonderen und dem Publikum  
 im Allgemeinen dasjenige mitzutheilen, was wir zur  
 Klarlegung der Verhältnisse für notwendig halten.

Möge die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“  
 diesen Raum dazu benutzen, ihren Lesern auseinander-  
 zusetzen, wie Herr von Stumm nicht Recht hat und  
 wie er doch Recht hat. Das Letztere dürfte ihr heute  
 nicht mehr schwer fallen.

Der „Correspondent“, der in seiner Nummer vom  
 29. November sich eingehend mit der ganzen Sache be-  
 schäftigte, stellte gegenüber der Erklärung der  
 „Leipziger Volkszeitung“ fest, daß er, um diesen Vor-  
 wurf: bei den Stadtverordnetenwahlen den Partei-  
 genossen in den Rücken zu fallen und die Geschäfte der  
 bürgerlichen Parteien zu besorgen, nicht erhalten zu  
 können, er und die Verbandsmitglieder lange Zeit ge-  
 schwiegen haben, trotzdem die Kündigung bereits am  
 9. November erfolgt sei, um von vornherein jeden  
 stichhaltigen Grund für die Parteigeit entkräften zu  
 können. Der „Correspondent“ glaubt vielmehr, daß  
 diese Entlassung kurz vor den Wahlen geschah, um den  
 Verband zu provozieren, sodann, wohl nicht mit Unrecht,  
 darauf hinweisend, daß es sich bei der Entlassung der  
 Gewerkschaftsmitglieder doch nur um eine Schiebung  
 handelt; er schreibt:

„Man geht aber durchaus nicht fehl, wenn man  
 darauf hinweist, daß diese Entlassung nur eine schein-  
 bare war, wie bereits früher nach ähnlichem Rezept  
 verfahren wurde. Die beiden entlassenen Gewerkschafter  
 sind inzwischen bereits wieder von der Geschäftsleitung  
 der „Leipziger Volkszeitung“ engagiert worden, so daß  
 also über Nacht aus unthätigen und faulen die zielbe-  
 wußtesten und arbeitsfreudigsten Genossen geworden sind.“

Wie widerspruchsvoll, für uns ganz unbegreiflich,  
 aber die Geschäftsleitung bei der ganzen Sachlage ver-  
 fährt, geht aus einer Berichtigung, die dem „Corre-  
 spondent“ zuzuging, hervor, die da lautet:

ferner noch mit sehr hübschen Sachen, besonders stark  
 mit Rahmen vertreten, doch finden sich auch noch mo-  
 derne Bisttes und Notes. Eine sehr hübsche Kollektiv-  
 ausstellung hatten die großen Luxuspapierwarenfabriken  
 in Wien veranstaltet. J. Schnabel & Komp, Theyer  
 & Hartmuth, D. N. Pollak & Söhne und Gebrüder  
 Rosenbaum waren mit ihren Fabrikaten in feinen und  
 feinsten Kassetten vertreten. Verzierte und geprägte  
 Briefpapiere in Bogen und Karten in allen Größen  
 und Farben waren vertreten und zeigten die Firmen  
 sämtlich ihre Leistungsfähigkeit in Luxuspapierwaren.

**Ungarn**

war nur sehr schwach durch J. Gottermayer in Budapest  
 vertreten. Es fanden sich mehrere Leberbände in Hand-  
 und Preisvergoldung, außerdem auch einige Sachen in  
 Celluloid und Pergament. Besonders zu bemerken ist  
 noch die Ausstellung Maurus Jotai, unter welcher sich  
 außer einigen anderen Sachen circa 70 Adressennappen  
 befinden, welche der Dichter anlässlich seines fünfzigsten  
 Geburtstags 1894 erhalten hatte. Die Mappen sind fast  
 alle in weiß Marquinleder mit Beschlag, theils sogar  
 mit sehr viel Beschlag verziert, was oft einen über-  
 ladenen Eindruck macht; etwas besonders Hervorragendes  
 befand sich unter den Sachen nicht. Eine Anzahl  
 Bücher aus vergangenen Zeiten fanden sich noch in den  
 verschiedensten Einbänden, als Leder mit Vergoldung,  
 bemalte und vergoldete Decken und Metalldecken.

Ferner hatten noch mehrere Papier- und Lederfabriken  
 ihre Erzeugnisse ausgestellt.

**Die Schweiz**

ist nur durch Günther & Baumann in Zürich mit  
 einer Kollektion gepresster Decken vertreten, während

Martini & Komp. in Frauenfeld Falz- und Heft-  
 maschinen ausgestellt haben.

**Italien**

ist nur wenig vertreten. Eine Gesamtausstellung von  
 Sachen fast nur in Preisvergoldung enthielt nichts Be-  
 sonderes, während eine Anzahl Bücher in Pergament  
 einzelne bemerkenswerthe Arbeiten in altem Stil auf-  
 zuweisen hatte. Unter den Papier- und Luxuspapier-  
 fabriken befinden sich einige mit sehr hübschen Kolle-  
 tionen, doch gehen die Ausstattungen nicht über die bei  
 uns gefertigten Sachen hinaus.

Unter Rumänien befinden sich noch verschiedene  
 Arbeiten, welche zwar nichts Besonderes bieten, aber  
 doch erwähnt werden müssen. Es fanden sich Ganz-  
 lebers- und Halbfranzbände mit gut ausgeführter Hand-  
 vergoldung, Mappen in derselben Art, die Zeichnung  
 noch farbig ausgelegt und auch einige Mappen in Vete-  
 rarschnittmanier waren auch zu sehen. Unter den wenigen  
 Geschäftsbüchern war ein Hauptbuch zu bemerken, welches  
 äußerlich mit mehrfarbigem Leder ausgelegt und mit  
 sehr viel Vergoldung ausgestattet war; ein gleiches Buch  
 mit Pflüchsaufgabe — was zu einem Geschäftsbuch wenig  
 paßt — und ein anderes in Leder mit Beschlag und  
 Deckelgold war zu sehen. Einige alte Kirchenbücher  
 mit Metalldecken, die aber nichts Außergewöhnliches ent-  
 hielten, gehörten noch dazu.

Von Spanien war nur Enrique Ldwe mit ver-  
 schiedenen Lebersachen, Bisttes, Etui und Briefstaschen  
 anwesend.

Von Serbien waren einige große Bücher zu sehen,  
 welche mit farbigem Leder ziemlich bunt ausgelegt waren,  
 während einige andere in Lederdeckel gearbeitet waren.  
 Von außereuropäischen Ländern waren nur noch

einzelne Sachen von Amerika ausgestellt. Georg Barrie  
 & Sohn hatten eine Kollektion gebracht, welche ganz  
 hübsche Arbeiten enthielt. Mehrere Leberbände und  
 hauptsächlich eine Anzahl ausgefällter Spiegel, alles in  
 Handvergoldung, bewiesen, daß auch in Amerika schöne und  
 bessere Sachen gemacht werden. Besonders großartig war  
 Amerika allerdings noch mit Sez- und Buchdruck-  
 maschinen erschienen und war die Handhabung und  
 Bedienung der Sezmashinen einfach und leicht und  
 speziell die Arbeit und der Mechanismus der Maschinen  
 selbst sehr interessant.

Durch die Größe und Mannigfaltigkeit und die Aus-  
 behnung der Ausstellung kann es allerdings gekommen  
 sein, daß man hier und da Einiges übersehen hat, auch  
 läßt sich das bei der Fülle von Material nicht immer  
 vermeiden. Es läßt sich wohl sagen, daß sich im All-  
 gemeinen fast sämtliche ausstellende Staaten und eben-  
 falls die einzelnen Aussteller alle ziemlich angefrengt  
 haben und sich die Aussteller bemühten, ihre besten Er-  
 zeugnisse zur Ansicht zu bringen. Wenn Frankreich  
 und England speziell in der Buchbinderei stärker ver-  
 treten waren als Deutschland, so liegt das in der  
 Natur der Sache, da in diesen beiden Ländern Lieb-  
 haber vorhanden sind, die viel mehr Geld für einen  
 feinen Einband ausgeben, als dies in Deutschland der  
 Fall ist. Die deutschen Geschäfte sind ebenfalls im  
 Stande, schöne und feine Arbeiten zu liefern, aber sie  
 haben keine Abnehmer dafür. Es wäre eine schöne und  
 große Aufgabe, dahin zu wirken, daß auch bei uns die  
 feinen Arbeiten immer mehr gemacht und gekauft wer-  
 den und muß selbstverständlich auch das bücherliebende  
 Publikum in dem Sinne beeinflusst werden.

„Bis jetzt haben wir den Standpunkt eingenommen, daß die Arbeiter bei uns ihre freie Meinung haben und behalten sollen, mögen sie Tarifanhänger oder Tarifgegner sein, mögen sie sich zur Sozialdemokratie oder zu einer anderen Partei zählen. Und so gedenken wir es auch für die Folge zu thun.“

Es muß also doch nicht alles ganz sauber sein, sonst könnte solche Verächtung, die im diametralen Gegensatz zu der Erklärung über die Entlassung steht, nicht veröffentlicht werden, obgleich die Abfassung beider Schriftstücke nur vier Tage auseinander liegt.

Der Versuch, eine Einigung vermittelt des Parteivorstandes zu erzielen, mißlang; nunmehr hat sich die Fraktion mit der Sache beschäftigt und eine öffentliche Erklärung abgegeben, in der folgender von jedem vernünftigen Menschen als ganz selbstverständlicher Standpunkt eingenommen wird:

Die Fraktion ist von jeher, und zwar unter Zustimmung der ganzen Partei, dagegen aufgetreten, wenn die Leiter von Staats- oder Privatbetrieben Arbeiter entließen, weil diese einer ihnen mißliebigen Partei angehörten. Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Fraktion es auch nicht billigen, daß die Frage, ob ein Arbeiter eine gewünschte politische Tätigkeit ausüben oder nicht, bei der Kündigung oder Entlassung in Parteigeschäften entscheidend sei.

Die Fraktion spricht deshalb die Hoffnung aus, daß die Leipziger Parteigenossen Alles aufbieten werden, um den gemachten Mißgriff auszugleichen und die daraus entsprungenen Differenzen zu beseitigen, sie erwartet aber auch, daß der Buchbinderverband eine Kampfweise einstellt, welche die herrschende Verbitterung nur verschärfen muß.

Von den 30 Ausständigen, unter denen sich auch ein Mitglied der Gewerkschaft befindet, sind 28 Familienväter.

Von höchstem Interesse an der ganzen Geschichte ist das Verhalten der Organisation der Gewerkschaft der Buchbinder. Schon bevor die Entlassung erfolgt ist, soll die Geschäftsleitung von Berlin aus Arbeitskräfte verlangt haben. In einer Ortsversammlung der Gewerkschaft in Berlin ist auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob bei Bedarf von Arbeitskräften nach der „Leipziger Volkszeitung“ sich meldende Mitglieder Stellung daselbst annehmen dürfen, von den Versammelten diese Frage einstimmig bejaht worden. Tatsächlich sind denn auch Mitglieder der Gewerkschaft wie die hungrigen Wölfe über die vakanten Stellen hergefallen. In den Augen eines jeden anständigen Menschen hat sich damit die Leitung der Gewerkschaft und deren Mitglieder gerichtet, Jeder, der noch wirklich irgend welche Sympathien mit der Gewerkschaft gehabt haben könnte, muß durch dieses Verhalten der Herren über deren wahre „Bestrebungen“ nunmehr aufgetaucht sein. Mag jemand ganz vorurteilfrei über diesen Konflikt und über die Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Organisationen denken, so kann wohl Niemand die Handlungsweise der Gewerkschaftsmitglieder in Schutz nehmen. Man sollte annehmen können, daß bei allen Meinungsverschiedenheiten doch beide Organisationen ein Grundprinzip haben. Ist nun durch irgend welche Streitigkeiten von einer dieser Organisationen die Sperre über ein Geschäft erklärt und die Mitglieder der anderen laufen sofort schaaarenweise in dieses Geschäft hinein mit Zustimmung der Organisationsleitung, so hat sich diese Gewerkschaft in vollem Maße das Attribut: Streitlöcherorganisation verdient. Und diese Gesellschaft spielt sich immer noch als Parteigenossen erster Qualität auf. — Vrr! —

In einer Leipziger Versammlung der Verbandsmitglieder ist die Frage aufgeworfen worden, ob Verbandsmitglieder nun überhaupt noch mit den Mitgliedern der Gewerkschaft zusammen arbeiten könnten. Zu befragen ist es, wenn die Verbandsmitglieder eine „reine Scheidung“ wünschen, es bleibt aber doch hoffentlich der Welt das widerliche Schauspiel erspart, daß organisierte Arbeiter wegen Meinungsverschiedenheiten sich gegenseitig ihre Existenz untergraben.

### An die Kollegenschaft in Leipzig.

Werthe Kollegen!

In der am 8. November ds. Jrs. stattgefundenen gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Berlins wurde einstimmig beschlossen, in den neuen Tarif die allgemeinen Bestimmungen für Berlin, sowie die erhöhten Preise für Vorrichtearbeiten mit einzuhaken. Es ist das deshalb geschehen, um jeden nach Berlin zureisenden Kollegen zu informieren,

unter welchen Bedingungen er hier zu arbeiten hat. Die Berliner Kollegenschaft würde ganz bedeutend geschädigt werden, wenn der neue Tarif ohne die **bedeutend höheren Abmachungen** für Berlin Gültigkeit hätte. Der Tarif wird hier nur mit diesen erhöhten Bedingungen an die Kollegen verkauft. Wir haben, glauben wir, ein Recht zu verlangen, daß auch die Leipziger Kollegenschaft die Berliner Abmachungen genau kennt. Zu diesem Zweck haben wir an die Gehilfen-Tarifkommission in Leipzig zu Händen des Kollegen Schauble 2000 allgemeine Bestimmungen für Berlin und ebenso viele Tarife für Vorrichtearbeiten gesandt. Dieselben sind heute schon bei dem genannten Kollegen unentgeltlich in Empfang zu nehmen. Wir richten deshalb an alle Leipziger Kollegen die dringende Mahnung, unserem Gesuchen nach dieser Richtung hin Rechnung zu tragen. Wir haben uns schon lange vor der Ausgabe des neuen Tarifs in dieser wichtigen Angelegenheit wiederholt an die Gehilfen-Tarifkommission in Leipzig gewandt, um deren Meinung zu hören. Wir sollen heute noch auf unsere mehrfachen Anfragen eine Antwort erhalten. Wir sind deshalb gezwungen, an die Kollegenschaft Leipzigs heranzutreten und erwarten von dieser etwas mehr Verständnis in dieser überaus wichtigen Sache.

Diejenigen Kollegen, welche den **Berliner Mädchentarif wünschen**, mögen sich ebenfalls an die Tarifkommission wenden. Dieselben sind zum Selbstkostenpreise von 25 Pf. pro Stück zu haben.

Mit kollegialem Gruß

Die Lohnkommission der Buchbinder Berlins.

### Zur Urabstimmung.

Aus Berlin.

Unter der Ueberschrift „Zur Extrasteuer“ in den letzten Nummern unserer Zeitung wurden die gesammelten Berliner Mitglieder auf das Schärfste angegriffen, ohne sich zu vergewissern, worin der Grund eigentlich liegt, daß die Zahlstelle Berlin die Urheberin der Urabstimmung betreffs der Extrasteuer ist, respektive wie der Protest gegen letztere erhoben wurde.

Ich will die Gründe kurz angeben: Die Mitgliederversammlungen sind verhältnismäßig sehr schwach besucht. Es kommen im Durchschnitt wohl ganze 6 bis 8 Prozent der Mitglieder in Betracht, welche an etwaigen Beschlüssen beteiligt sind. Schon dieser Umstand besagt, daß man nicht alle Berliner Mitglieder beschuldigen soll, wie es in betreffenden Artikeln geschehen ist. Es ist nun in einer derartigen Versammlung einem aus den Berichten „Zur Extrasteuer“ wohlbekannten Kollegen durch eine Kilometerlange, von falschen Tatsachen und Schlagworten ausgeschmückte „Rede“ gelungen, den größten Theil der Versammelten zu einem derartigen Beschluß zu begeistern.

Wegen „vorgeschrittener“ Zeit wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, die Gegenredner kommen nicht zu Wort und — das Todesurtheil der jungen „Extrasteuer“ wird gefällt.

Glücklicherweise haben wir noch eine höhere Instanz, welche dieses Urtheil wieder aufheben kann: es ist dies die Majorität der Mitglieder und an dieser wird es liegen, ob die Extrasteuer am 6. Januar 1901 zu Grabe getragen wird oder nicht.

Aus Dortmund.

Wenn man die Berichte in der Zeitung liest für und gegen die Extrasteuer, so muß man fast zur Ansicht kommen, als hätte der Verbandsvorstand nebst Ausschuss sich einer schweren Vergehung schuldig gemacht; doch hat derselbe nur von seinem Rechte Gebrauch gemacht. Wer hat denn zuerst zum Sturm der Entrüstung geblasen? Es waren wieder mal die Berliner, welche das Klagebild anflimmten: wir können es nicht bezahlen, wir können nicht agiliten, wir verlieren die Mitglieder u. s. w. Doch ein Sprichwort sagt: „Wollen ist Können, Können heißt Vollbringen.“ War es nicht die Zahlstelle Berlin, welche die Forderung auf dem Verbandstag betreffs Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, die Gewährung der Unzugskosten u. s. w. gut geheißen hat, ohne zu fragen, ob der Verband auch im Stande ist, diesen Forderungen allen gerecht werden zu können? Und was werden die Berliner Prinzipale dazu sagen, wenn sie das lesen, daß die größte tonangebende Mitgliedschaft bei Berlin sich so in Harnisch setzt wegen einer wöchentlichen Extrasteuer von 10 Pf.? Ist denn der Zentralvorstand nebst Ausschuss nicht mündig, daß er sich immer von der Berliner Mitgliedschaft bevormunden lassen muß? Ich glaube wohl, daß

der Verbandsvorstand nebst Ausschuss es sich erst reiflich überlegt haben, ehe sie uns die Extrasteuer aufgeladen haben. Und was die 10 Pf. anbelangt, so glaube ich, daß sie dem Einzelnen den Koth auch nicht fett machen, die werden sonst auch ausgegeben und manchmal ganz zwecklos. Wer hat denn von der Lohnbewegung bis jetzt stets den Nutzen gezogen? Berlin und stets Berlin. Den Nutzen will man wohl haben, aber Opfer bringen kennt man nicht. Sollen die Kollegen in der Provinz nicht auch für Verbesserung ihrer Lage eintreten? Das kostet aber auch Geld ebenso wie in Berlin; da meine ich, wäre es Pflicht der Zahlstelle Berlin gewesen, die Kollegen in der Provinz auch zu unterstützen und nicht das Verlangen stellen, die Extrasteuer muß fallen. Zum Schluß möchte ich die Kollegen in der Provinz ersuchen, geschlossen für die Extrasteuer zu stimmen, damit man den Berlinern mal zeigen kann, daß wir nicht gefonnen sind, nach ihrer Pfeife zu tanzen. Opfern wir die 10 Pf. auch noch und wir werden vorwärts schreiten.

B. P.

### Die Lederarbeiter protestieren!

Einen merkwürdigen Abschluß hat die öffentliche Diskussion in unserer Zeitung erhalten, indem Kollege Förster (St. Wendel) das Schlusswort erhielt. Kollege Förster gefällt sich darin, einen ihm persönlich gänzlich Fremden in ganz unmotivierter Art zu kritisieren, ja er versteigt sich so weit, über den Charakter des Kollegen Weinschild zu urtheilen. Auch die Redaktion bläst in dieses Horn, denn sie hat den Artikel mit einer Fußnote versehen, wohl nur deshalb, weil der Artikel erst dadurch „originell“ wird. Kollege Weinschild, welcher nach wie vor das Vertrauen der Berliner Lederarbeiter hat und auch verdient, wird selbstverständlich die nöthigen Schritte unternehmen, um der Redaktion und ihren dunklen Hintermännern zu zeigen, daß wir Berliner doch etwas zarter besaitet sind als die Süddeutschen annehmen; aber unser Protest dürfte wohl kräftig genug sein, damit in Zukunft derartige Vorkommnisse wohl überlegt werden. Ueber den anderen Theil des Artikels will ich nicht streiten, denn die Redaktion hat es ja in der famosen Fußnote verboten, aber am 6. Januar giebt's auch hierauf eine Antwort. Eine Bemerkung kann ich aber nicht zurückhalten: Es ist wohl die Zeit nicht fern, in der auch wir unsere 12000 Mark-Affaire haben. Dem Kollegen Förster rufe ich zu, sich etwas mehr um parlamentarische Geseze zu kümmern; er scheint in seinem weitestgelegenen Orte vergessen zu haben, daß auch der Gegner das Recht hat, seine Meinung frei zu äußern, und im Uebrigen die Beurtheilung des Charakters unseres Vertrauensmanns ruhig denen zu überlassen, die denselben persönlich kennen und hochschätzen.

Berlin. — Arno Schulze.

Unser Organ dient den Bestrebungen, Arbeiter und Arbeiterinnen über die sozialen Verhältnisse aufzuklären, zu organisieren, damit sie in dem wirtschaftlichen und politischen Kampfe ihre Interessen wahrnehmen können. Da sich aber die „Buchbinder-Zeitung“ in letzter Zeit zum Zummelplatz gegenseitiger gehässiger Angriffe hergiebt, möchte ich doch bitten, diesen Uebelstand zu beseitigen: Beleidigungen und Streitigkeiten, die das Ansehen von Personen, innerhalb des Verbandes, untergraben, nicht der Öffentlichkeit preiszugeben.

Wenn sich Mitglieder über die Extrasteuern äußern, so soll es sachlich geschehen, und nicht, daß Andersdenkende in schamlosester Weise in Schmutz gezogen werden.

Ist es denn unbedingt nothwendig, daß jedes in höchster Erregung gesprochene Wort wiedergegeben wird? Unser Redakteur, bekanntlich ein guter Jenfor, hat hier einen unzersehblichen Fehler begangen; er hätte das „corpus delicti“ nicht an die Öffentlichkeit bringen sollen, sondern sich die Frage: Wie werden diese Worte von der Allgemeinheit aufgenommen? vorlegen.

Die Unparteilichkeit soll des Redakteurs höchste Zier sein! Ob bei den letzten Artikeln aus Leipzig, Nürnberg und St. Wendel unparteilich gehandelt, überlasse ich den daran interessirten Mitgliedern zu urtheilen.

Dem Schreiber des Artikels aus St. Wendel ist kein Vorwurf darüber zu machen, daß er sein Mißfallen über die Stimmung der Berliner betreffs Extrasteuer zum Ausdruck bringt.

Die Anschuldigungen gegen Personen, die Träger von bestimmten Interessen sind, die die Anschuldigungen des Verbandsvorstandes und -Ausschusses nicht theilen, aus innerer Ueberzeugung gegen die Extrasteuer aber zu Gunsten des Verbandes opponieren, sollte man doch anders begegnen.

Daß dieser Artikel in den beteiligten Kreisen Ent- rüstung hervorrufen wird, sollte doch Redakteur Schmidt als Berliner und ehemaliger Leberarbeiter wissen.

Was die unter „Anmerkung der Redaktion“ ange- führten Briefe betrifft, so sind die Leberarbeiter anderer Meinung als die leitenden Personen Berlins.

Berlin. Carl Förster.

Anmerkung der Redaktion. Einstweilen wollen wir nur bekunden, daß wir von der Meinung, Schluß in dieser Sache zu machen, absehen müssen, da der Termin für die Urabstimmung kurz bevorsteht.

**Erklärung.**

Auf den Artikel des Kollegen Förster: St. Wendel habe ich zu erklären, daß ich ihm freundlichst danke für seine Schmicheleien, die er meiner Person zu Theil werden ließ. Ich danke ihm vor Allem, daß er meinen Namen unter den Kollegenkreisen bekannt gemacht hat, denn ohne die Schreiberi des Kollegen Förster wäre ich den Kollegen vollständig unbekannt geblieben. Ich hatte erst nach Erscheinen des Nürnberger Artikels die Absicht gar nicht, darauf zu reagieren, jedoch habe ich eingesehen, daß Jeder, der etwas sein möchte, seinen Geist an mir ausläßt. Was in dem Artikel des Kol- legen Förster betreffs Neben- und Arbeitsens für die Organisation anbelangt, überlasse ich das Urtheil, soweit es meine Person betrifft, berufeneren Kollegen als er selbst. Ich halte auch unser Organ für viel zu hoch, als daß ich in dieselbe Tonart verfallte wie Kollege Förster. Wenn der Kollege Förster meinen Charakter glaubt herabsetzen zu dürfen, so überlasse ich es ja seinem Tatgefühl. Mir ist mein Urtheil und das Tausend Anderer maßgebender als das seinige. Wenn ich rede, schreibe oder agitiere, so überlege ich erst, ob daselbe agitatorisch wirke und ob meine Schreiberi auch nicht gegen den Anstand verstößt, den man wohl jedem Menschen schuldig ist. Dies möge sich Kollege Förster für die Zukunft merken und seinen Schmutz sich wo anders abwischen als an mir.

NB. Zum Versammlungsbesuch der Leberarbeiter vom 14. November habe ich zu berichten, daß ich gesagt habe, daß eine große Mitgliederzahl den Verband wider- standsfähiger macht, als nur eine gefüllte Kasse, und nicht wie im Bericht steht, eine gefüllte Kasse für un- praktisch halte.

Berlin. Herm. Weinschild.

**Berichte über Lohnbewegungen.**

**Zuzug fernhalten! nach Burg bei Magde- burg bei der Firma Gopfer und Wald bei Solingen.**

**Pforzheim.** Ueber sämtliche Buchbindereien und Kartonnagenfabriken ist die Sperre verhängt.

**Dortmund.** Die Werkstube von Otto Schmidt ist gesperrt.

**Bremen.** Ueber nachfolgende Werkstuben ist die Sperre verhängt:

- Wilhelm Böhme, Buchbinderei, Fr. v. Minden, Kartonnagenfabrik, A. Pohlmeier, Papierhandlung.

**Berlin.** Die Luxuspapierfabrik von Sala, Schützenstr. 59, ist gesperrt.

**Wirsburg.** Die Werkstube A. Gresser ist gesperrt.

**Nürnberg.** Ueber die Firma Zentner & Ris- finger ist die Sperre aufgehoben.

**Stuttgart.** Am Samstag den 1. Dezember fand hier selbst eine öffentliche Versammlung statt, um zu der Einführung des neuen Akkordtarifs Stellung zu nehmen. In Anbetracht, daß in der letzten Zahlstellenversamm- lung in einem Referat die einzelnen Positionen des neuen Tarifs schon erläutert worden sind, lehnte die Versammlung das Halten eines Referats ab, um so- gleich die Berichte aus den einzelnen Werkstuben ent- gegenzunehmen.

Der Vorsitzende der Versammlung gab einleitend bekannt, daß bei Erscheinen des Tarifs der Vorsitzende der Lohnkommission beim Vorsitzenden der hiesigen Prinzipalvereinigung angefragt habe, ob vor der Ein- führung des Tarifs nicht nochmals eine Sitzung beider Lohnkommissionen notwendig sei; Herr Grönlein habe darauf den Bescheid gegeben: „Wenn der Tarif vor- liegt, stehe der Einführung desselben nichts im Wege.“

Da in letzter Versammlung beschloffen war, mit Rücksicht darauf, daß verschiedene Prinzipale anstehenden den Tarif nicht zahlen wollen, am Samstag vorstellig zu werden, resp. die Preise nach dem neuen Tarife ein-

zuschreiben, so wurden, sogleich die Berichte der einzelnen Werkstuben gegeben.

Von Grönlein wird berichtet, daß noch nicht genau festzustellen sei, ob alle Arbeiter nach dem neuen Tarif eingeschrieben haben, sicher ist, daß die Presser dieses nicht gethan haben, denen war — wie verlautete — der Tarif zu hoch (Großes Gelächter!), auch die Falzerinnen sollen nicht nach Tarif eingeschrieben haben. Auf jeden Fall aber müsse konstatiert werden, daß Herr Grönlein bei den nach dem neuen Tarif eingeschriebenen Preisen, die vielfach eine Erhöhung des Wochenverdienstes für den betreffenden Arbeiter herbeiführten, keinerlei Einwendungen gemacht habe. (Herr Gr. scheint hierbei der Einzige zu sein, der sich nicht auf Wenn und Aber stützt.)

Von der Werkstube Koch wurde bekundet, daß der Prinzipal erklärt habe, im Wesentlichen mit dem neuen Tarif einverstanden zu sein, nur müsse eine gewisse Uebergangszeit bestehen, manche Positionen müßten nach den im neuen Tarif aufgeführten Preisen einen Zu- schlag von 40 Prozent erfahren; wo die Differenz gar zu groß sei, müsse er einstweilen im Taglohn schaffen lassen, der tarifmäßig gezahlt werden solle. Die ver- zürzte Arbeitszeit am Samstag betrachte er als eine lokale Abmachung für Leipz'g. Mit letzterem sind die Kollegen einverstanden.

Bei Schwabe wurde den vorstellig gewordenen Arbeitern bedeutet, daß die Prinzipale beabsichtigen, vom Neujahr ab auf verschiedene Fabrikate einen Aufschlag zu fordern; bevor die Buchhändler diese erhöhten Preise nicht zahlen, könne auf den alten Preisen keine Er- höhung erfolgen. Auch der Buchhändler Engelhorn habe sich geweigert, für die Bibliothek höhere Preise zu zahlen. Von einigen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß es doch wohl wenig alaubwürdig er- scheine, daß der mehrfache Millionär Engelhorn, der große Summen (70 000 Mt.) zu gemeinnützigen Zwecken herbeige, sich weigern sollte, einige Pfennige für Fabrikate mehr zu zahlen, um ten Fabrikanten die Möglich- keit zu geben, Arbeitslöhne laut getroffenen Verein- barungen zu zahlen, vielmehr wurde dies als nicht stich- haltige Ausrede betrachtet, verschwiege doch auch Herr Sch., daß die Firma S. H. W. Diez 10 Prozent Zu- schlag für die bei ihm hergestellten Fabrikate aus freiem Antrieb zahle. Auch hier wurde Klage geführt, daß vielfach die Arbeiter schuld seien, indem sie nicht die Skourage hatten, die Preise nach Tarif einzuschreiben.

In der Union wird nach Tarif bezahlt werden; dem Geschäftsführer ist derselbe vorgelegt worden. Es sollen erst noch einige Sitzungen des Personals statt- finden, um die aufgeführten Preise zu prüfen. Herr Wenberg habe gemeint, der Tarif sei doch nicht für Stuttgart, sondern für Leipzig gültig (Gelächter), er könne dieses Jahr nicht mehr zahlen, erst wenn die Preiserhöhung der Waaren stattgefunden habe. Den Pressern sind die nach Tarif eingeschriebenen Preise ein- fach gestrichen worden, was die Fertigmacher veranlaßte, erst gar nicht den Versuch zu machen, nach dem Tarif einzuschreiben, „um nicht ihr Buch zu verübeln; er zahlt ja doch nicht“. Ein Vorrichter soll 21 Mt. ver- dient haben, einem anderen Arbeiter soll nur 38 Pf. Stundenlohn gezahlt worden sein mit dem Bemerken, die Arbeit gestatte keine höhere Bezahlung. Bei Rupp wurden die besseren Preise nach Tarif erniedrigt, die schlechteren aber nicht erhöht. Ein Kollege macht nähere Angaben, wie Herr R. bei einer Presserarbeit den Tarif zu umgehen sucht. Die Firma Greiner & Pfeifer hat dem Geschäftsführer angeordnet, nach Tarif zu be- rechnen, was dieser in der Versammlung bestätigte; es bestehen noch einige Meinungsverschiedenheiten in Betreff der Formatabrechnung, die aber ausgeglichen werden sollen.

Von einigen anderen Firmen wurde bekundet, daß daselbst auf Zeitlohn geschafft wird; verschiedentlich waren auch die Kollegen nicht anwesend.

Kollege Lender bebauert sodann, daß die Ver- sammlung es abgelehnt habe, sein Referat zu hören, dadurch wäre über verschiedene mißverständliche Auf- fassungen Klarheit verbreitet worden. Es würde eines- theils geschimpft über den neuen Tarif, ohne daß man ihn eigentlich kenne, andererseits ist heute vielfach be- kundet worden, daß sich Kollegen und Kolleginnen gegeniren, die im Tarif festgesetzten Preise zu verlangen. Der Tarif sei entschieden besser und präziser ausgeführt, wie der alte, die Formateintheilung sei gerechter; wo es früher hieß: „Nach Uebereinkunft“, sind jetzt feste Nor- men geschaffen; der Tarif bedeute auch für Stuttgart im Allgemeinen eine Verbesserung, wenn auch nicht ge- luegnet werden kann, daß einige Positionen schlechter benannt sind, als wie schon jetzt in Stuttgart gezahlt

werde. Nachdem Redner noch vor Einzelabmachungen gewarnt und auf die Nothwendigkeit der Wahl eines Schiedsgerichts hingewiesen hat, wurde folgende Reso- lution angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntniß, daß ein Theil der Stutt- garter Prinzipale den Minimaltarif für Buchbinder- arbeiten noch nicht anerkannt hat, obgleich der Vor- sitzende der hiesigen Prinzipalvereinigung der Lohn- kommission der Arbeitnehmer gegenüber erklärt hat, daß der Einführung nichts im Wege stehe.

„Die Versammlung fordert die Lohnkommission auf, eine Zusammenkunft mit den Prinzipalen sogleich herbei- zuführen, um die endgiltige Einführung des Tarifs vollends in die Wege zu leiten.“

**Breslau.** Daß es in Breslau auch zu einer Lohn- bewegung kommen könnte, wird dem Kenner der hiesigen Verhältnisse kaum möglich erscheinen — und doch stehen wir mitten in der Bewegung. Da die Zahlstelle in letzter Zeit 125 Mitglieder zählt und die Zwißigkeiten mit dem Gesellenauschuß gänzlich beseitigt sind, so konnten wir es auch in Breslau einmal wagen, mit Forderungen an unsere Unternehmer heranzutreten.

Die in der gut besuchten öffentlichen Versammlung vom 11. November gewählte Lohnkommission hat nun- mehr folgende Forderungen an die Unternehmer ab- gegeben:

- 1. die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden inkl. Früh- stück und Vesperpause;
- 2. der Minimallohn beträgt:
  - a) für männliche Arbeiter . . . . . 18,— Mt.
  - b) im ersten Gehilfenjahr . . . . . 16,— „
  - c) für Spezialarbeiter (Presser, Marmo- rierer, Schneider) . . . . . 22,— „
  - d) für ungeübte Arbeiterinnen in den ersten sechs Monaten . . . . . 6,— „
  - e) für ungeübte Arbeiterinnen bis zu einem Jahre . . . . . 7,50 „
  - f) für geübte Arbeiterinnen (das heißt nach einem Jahre) . . . . . 10,— „
  - g) für Maschinenarbeiterinnen . . . . . 12,— „

3. Ueberzeitarbeit ist möglichst zu beseitigen; ist solche jedoch nicht zu umgehen, so sind für die ersten zwei Stunden 33 1/3 Prozent und für die weiteren Stunden 50 Prozent Zuschlag zu zahlen. Letzteres gilt auch für Sonntagsarbeit.

Daß diese Forderungen für die Breslauer groß- städtischen Verhältnisse sehr kesschen sind, wird wohl Jedem ersichtlich sein. Ob man nun aber auch von Seiten der Meister entgegenkommen und diese so minimalen Forderungen bewilligen wird, soll uns die nächste Zukunft lehren.

**Wald b. Solingen.** Bei der Firma Wassen & Söhne ist hier selbst ein Ausstand ausgebrochen, an dem neben den Buchdruckern auch 5 unserer Kollegen betheiligt sind.

**Berlin.** Am Dienstag den 26. November fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffent- liche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom Streit; 2. Wahl eines Tarif- schiedsgerichts; 3. Abrechnung vom Widerstandsfonds; 4. Verschiedenes.

Dyomski führt aus, daß die heutige Versammlung die letzte sei, die die Lohnkommission einberufe und wird sich diese mit heutigem Tage auflösen. Es ist ja eine bekannte Thatsache, daß bei jeder Lohnbewegung die Kommission ihre Sache nicht gut gemacht habe. Hier müsse jedoch berücksichtigt werden, daß bei der letzten Bewegung große Schwierigkeiten zu überwinden waren, nicht nur, daß wir diesmal einem organisierten Unter- nehmerthum gegenüberstanden, sondern auch insofern, als aus den Reihen der eigenen Kollegenschaft der Lohn- kommission die Arbeit recht schwer gemacht wurde, und streift Redner kurz die Vorgänge auf der letzten Leipziger Konferenz. Es sei jedoch nun alles glücklich erledigt und bittet Redner die Versammlung, mit einer Kritik nicht zurückzuhalten, dies sei besser, als wenn die Lohn- kommission hinterrücks schlecht gemacht würde und keine Gelegenheit habe, sich zu verteidigen, resp. falsche An- griffe zurückzuweisen. Darauf folgt die detaillierte Ab- rechnung und verweist Redner auf die Abrechnung in letzter Nummer dieser Zeitung. Wenn auch die Aus- gaben hoch ausfielen, so müsse doch berücksichtigt werden, daß wir keine Unterstützung anderer Gewerkschaften brauchten, sondern alles aus eigenen Mitteln besritten und erungen haben. Redner polemisiert gegen die Gegner der Extrasteuer und ist der Ansicht, daß der Verbandsvorstand mit Erheben der Extrasteuer Recht gehabt hat. Es steht speziell den Berliner Kollegen

schlecht an, gegen die Extrasteuer zu Felde zu ziehen, schon in Anbetracht der Lohnerhöhungen, die die Berliner Kollegenschaft im Allgemeinen erhalten hat.

In der Diskussions wird das Verhalten der Lohnkommission nach der Sanssouci-Versammlung von verschiedenen Rednern kritisiert und auch das im Tarif festgelegte als ungenügend angesehen. Walter meint, die Handlungsweise der Lohnkommission nur mit Schiebung bezeichnen zu können und erhebt auch wieder Vorwürfe gegen den Verbandsvorsitzenden. Diese werden von Jost als unberechtigt energisch zurückgewiesen. Pfeifer wundert sich, daß in der dritten Woche Streikunterstützung angeführt wird, da die Arbeitslosen nichts bekommen hätten, und fragt an, wo die Gelder geblieben sind. Konrad meint, der Tarif sei verschlechtert, er wäre besser weggekommen, wenn er das Zirkular der Meister unterschrieben hätte. Es sei jetzt Sache des Schiedsgerichts, Ausgleich zu schaffen.

Bergmann nimmt die Lohnkommission gegen die verschiedenen Angriffe in Schutz und behauptet, daß die Lohnkommission Recht gehabt hat, wenn sie in der damaligen Versammlung für Wiedereinnahme der Arbeit eingetreten war. Es ist erwiesen, daß Streiks, die länger als 14 Tage dauern, gewöhnlich verloren gehen. Auf den Vorwurf Wilhelm's, die Presse nicht genug berücksichtigt zu haben, erwidert Bergmann, daß alles, was in unseren Kräften stand und was nötig war, getan wurde. Außer den verschiedenen Berichten, Annoncen etc. ist auch an die Berliner Verlagsbuchhändler ein Aufklärungsschreiben abgegangen. Das späte Erscheinen des Tarifs haben die Leipziger Kollegen zu verantworten, da dieselben es in letzter Zeit schon gar nicht mehr für nötig hielten, auf mehrfache Anfragen und Zuschriften seitens der Berliner zu antworten.

Baer hat auch an dem Tarif verschiedenes auszusprechen, doch meint er, siehe es gerade Kollegen Konrad schlecht an, Kritik zu üben, da derselbe bekanntlich selbst als Tarifbegierter in Leipzig war, jedoch sehr bald zurückkehrte, vermutlich deshalb, weil er die Tarifberatungen in guten Händen glaubte. Redner bittet, doch bei einer Kritik in bestimmten Grenzen zu bleiben und auch im Interesse der Allgemeinheit diese unberechtigten Vorwürfe gegen den Verbandsvorsitzenden zu unterlassen. Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. In seinem Schlußwort verwarf sich Bytomski gegen die schmutzigen Vorwürfe Pfeifers, betreffend des Verbleibens der Gelder und verweist auf die Revisoren. Die Lohnkommission hat alles getan, um die Interessen der Kollegen zu wahren. Der Kampf habe für uns einen sehr guten Verlauf genommen, und ist das ein Zeichen dafür, daß etwas erreicht werden kann, wenn Alle einig zusammenstehen. Möge diese Einigkeit fortdauern, trotz erhöhter Beiträge, und wenn alle noch der Organisation fernstehenden treue Verbandsmitglieder werden und bleiben und auch selber mitarbeiten an der Organisation, so können wir der Zukunft frohen Mutes entgegensehen. Im Auftrage der Revisoren beantragt Brückner, der Lohnkommission Dedarge zu erteilen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Darauf wird ein Antrag angenommen, die Sperre über die gesperrten Werkstätten — außer der Luxuspapierfabrik von Sala — aufzuheben.

Zum zweiten Punkt theilt Bergmann mit, daß laut Tarif ein Tariffchiedsgericht gewählt werden muß. Es gehören von unserer Seite sechs Kollegen dazu, und da die Kontobucharbeiter mit ihrem Schiedsgericht gute Erfahrungen gemacht haben, werden die Versammelten ersucht, Personen dazu vorzuschlagen. Nachdem verschiedene Mal die Kandidatenliste eröffnet wird, sich eine Mehrzahl für die Vorgeschnlagenen jedoch nicht findet, wird ein Antrag Schulmachers:

„Die Wahl zum Tariffchiedsgericht bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen“ angenommen.

Darauf giebt Hoffmann (Mar) die Abrechnung vom Widerstandsfonds. Er kann die erfreuliche Mitteilung machen, daß er nur mit Einnahmen zu rechnen hatte, und ermahnt die Kollegen und Kolleginnen, trotz der Extrasteuer auch fernerhin den Widerstandsfonds nicht zu vergessen, damit wir bei geeigneter Zeit große Mittel zur Verfügung haben. Konrad warnt davor, den Widerstandsfonds anzugreifen. Schumacher stellt im Namen der Ortsverwaltung den Antrag, der Lokalkasse 3500 Mk. aus dem Widerstandsfonds zu überweisen.

Er wundert sich, daß Konrad schon vor Stellung des Antrags warnt, den Widerstandsfonds widerstandsfähig zu machen, und begründet den Antrag damit, daß der Streik eine große Eöbe in der Lokalkasse her-

vorgerufen habe. Hoffmann stellt den Antrag, diese Angelegenheit bis zur nächsten öffentlichen Versammlung zu vertagen, und wird derselbe angenommen. Paul Hoffmann beantragt im Namen der Revisoren, dem Kassier des Widerstandsfonds Dedarge zu erteilen. Der Antrag wird angenommen.

Unter Verschiedenem ersucht Konrad die am Adressbuch arbeitenden Kollegen um eine Zusammenkunft, damit einer beabsichtigten Preisdrückerei bei Herstellung des Adressbuchs entgegengetreten werden kann.

Hermann Engel.

**Magdeburg.** Unter Folgendem sei, da hierüber noch nichts bekannt geworden ist, kurz über unsere stattgefundenen Lohnbewegung berichtet. Nachdem in der Mitgliederversammlung am 25. August beschlossen war, zwecks Orientierung über die hier in unserem Verufe bestehenden Verhältnisse eine Statistik aufzunehmen, fand am 22. September die Bekanntgabe derselben und Beschlußfassung über eventuell zu unternehmende Schritte statt. Die Statistik umfaßte 42 Betriebe mit 123 Kollegen. Nach derselben waren 18 Kollegen unter dem Minimallohn beschäftigt. In der darauf folgenden Diskussion wurden verschiedene Ansichten vertreten. Einerseits war man der Ansicht, bei einem Minimallohn von 18 Mk. stehen zu bleiben und nur auf die Geschäfte einzuwirken, welche denselben noch nicht zahlen; andererseits wurde besprochen, den Minimallohn auf 20 Mk. festzusetzen mit der Begründung, daß, wenn in der Lohnbewegung auch nicht alle Forderungen bewilligt würden, sich die Prinzipale doch nach und nach an höhere Löhne gewöhnen würden; dieses habe auch die Lohnbewegung im Jahre 1898 bewiesen. In der hierauf folgenden Abstimmung wurde nun einstimmig beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten und 20 Mk. Minimallohn zu fordern. In die betreffende Kommission wurden die Kollegen Gutzeit, Reingruber, Pellmann und Linthorst gewählt. Selbige unterbreiteten den Prinzipalen per Zirkular folgende Forderungen: Für Kollegen nach beendeter Lehrzeit 16,50 Mk., nach einem Jahre bis zum 21. Lebensjahre 18 Mk., über 21 Jahre 20 Mk. Diejenigen, welche schon zu oder über dem Minimallohn entlohnt werden, 5 Prozent Zuschlag. Für Ueberstunden bis 9 Uhr 25 Prozent, nach 9 Uhr und Sonntags 33 1/2 Prozent. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden; Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. In der Versammlung am 20. Oktober fand dann die Bekanntgabe der eingelaufenen Antworten statt. Dies wäre jedoch beinahe unnötig gewesen, denn es waren nur 5 Zirkulare beantwortet worden. In diesen wurde ten Forderungen zugestimmt. Außerdem berichteten noch einige Kollegen, daß ihnen die Forderungen bewilligt worden sind. Betreffs der unbeantwortet gebliebenen Zirkulare wurde beschlossen, die Lohnkommission solle beim Innungsverband und den größeren Firmen persönlich vorstellig werden. Dies hatte bei einer Werkstube mit 30 Kollegen den gewünschten Erfolg, da nach hierauf angebahnten Verhandlungen sämtliche Forderungen bewilligt wurden. Am 26. Oktober saß die Innung über unsere Forderungen zu Gericht. Anwesend waren 12 Innungsmeister, welche zum großen Theil überhaupt keine Gehilfen beschäftigen. Seitens der Gehilfen war die Lohnkommission und der Gesellen-ausschuß vertreten. Das Resultat war folgendes: Der Minimallohn wurde bewilligt. Arbeitszeit exklusive Pausen 9 1/2 Stunden. Ueberstunden sollen thunlichst vermieden werden; wo solche nicht zu umgehen sind, soll Zuschlag bezahlt werden. Die Bezahlung der Feiertage unterliegt der freien Vereinbarung. Diese Zugeständnisse wurden der am 3. November stattgefundenen Versammlung unterbreitet. Selbige beschloß, der Innung bekannt zu geben, daß man, trotzdem die Zugeständnisse sehr gering seien, sich vorläufig damit begnügen werde, und erwartet, daß die Innung für die Einhaltung der Bedingungen eintritt. Somit wäre die hiesige Lohnbewegung beendet. Wenn dieselbe nun auch nicht so glänzend verlaufen ist, so ist doch im Großen und Ganzen eine erhebliche Besserung der Lohnverhältnisse zu konstatieren. E. M.

**Korrespondenzen.**

**Solingen-Wald.** Unserer in der Zeitung ergangenen Aufforderung an die Kollegen Wilh. Zimmermann und Wilh. Fleming, ihren Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle gerecht zu werden, sind diese nachgekommen.

**Krefeld.** Es wird berichtet, daß in der letzten Versammlung nicht eine Resolution gegen, sondern für die Extrasteuer angenommen wurde.

**Erklärung.**

Im Interesse der Wahrheit ersuchen wir um Aufnahme folgender Zeilen:

In Nr. 46 Ihres Blattes befindet sich ein Bericht über die Buchdrucker-Versammlung vom 28. September etc., in welchem so viele unwahre Behauptungen enthalten sind, daß wir es uns nicht versagen können, Folgendes zur Kenntniß Ihrer Leser zu bringen:

In der betreffenden Versammlung, in welcher vom Unterzeichneten die nachträgliche Zustimmung zu der den Buchbindern übersandten Summe eingeholt wurde, sprachen sich drei Redner für und drei Redner gegen die Maßnahme des Vorstandes aus, jedoch nicht unter den Motivierungen, welche in genannter Nummer Ihres Blattes geltend gemacht werden. Nur deshalb sprachen einige Redner gegen unsere Handlungsweise, weil sie — da der Streik bereits nach 14 Tagen beendet — ein vorzeitiges Eingreifen unsererseits in die Buchbinderangelegenheit erblickten. Ein Redner machte in seinen Ausführungen prinzipielle Bedenken wegen unseres misslichen Verhältnisses mit dem hiesigen Gewerkschaftskartell geltend, aber mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß ihn zu dieser Stellungnahme nicht Animosität gegen die Buchbinder leite. Vollständig aus der Luft gegriffen ist es, wenn behauptet wird, „die Redner verwiesen auf die gefährlichen Angriffe des Verbandsblattes der Buchbinder auf den Buchdruckerverband“. Unwahr ist es, daß „die Rückgabe des Geldes seitens der Zentralstelle der Buchbinder erörtert worden sei und der geringen Beitragszahlung der Buchbinder zur Verbandskasse“ Erwähnung getan worden wäre. Nicht ein Mensch in der Versammlung hat etwas Derartiges in die Debatte hineingeworfen. Dann heißt es in diesem famosen Bericht weiter, „der Vorschlag, die 1000 Mark zurückzufordern, fand keine Mehrheit, vielmehr wurde auf die Blamage hingewiesen...“ Bei den Lesern der „Buch-Ztg.“ muß es nach dieser Berichtserstattung den Glauben erwecken, als wäre überhaupt darüber abgestimmt worden, ob man die bewilligte Summe zurückfordern solle oder nicht; auch dies ist nicht geschehen. Wenn es dann weiter heißt, „unter Verwarnung... erklärten sich von 800 Erschienenen 500 mit der Geldebewilligung einverstanden“, so müssen wir dies als eine wissenschaftliche Entstellung der Thatsachen bezeichnen, denn von etwa 1000 Anwesenden waren etwa 25 bis 30 Stimmen nicht mit der Handlungsweise des Vorstandes einverstanden.

Im Uebrigen wollen wir noch darauf hinweisen, daß ein ähnlicher hässlicher Bericht, wie der aus der „Papier-Zeitung“ in die „Buchbinder-Zeitung“ genommene, sofort nach unserer Versammlung in dem Organ unserer guten Freunde, in der „Buchdrucker-Wacht“, erschien, und es dürfte daher für die Leser der „Buchbinder-Zeitung“ nicht schwer fallen, zu ermitteln, aus welcher Quelle der Berichtsteller der „Papier-Zeitung“ geschöpft haben dürfte. — Man hat eben in Leipzig in gewissen Kreisen ein Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Buchdrucker als alles mögliche, aber nur nicht als ehrliche Kerle bei der übrigen Arbeiterschaft gelten. Der Vorstand des „Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer-Gehilfen“:

Karl Engelbrecht, 1. Vorsitzender.

Wir erlauben uns zu beiden Berichtigungen noch einige Bemerkungen. Wie weit der von uns aus der „Papier-Zeitung“ entnommene Bericht den Thatsachen entspricht, vermögen wir natürlich nicht mit Sicherheit festzustellen, jedenfalls versuchten wir durch vorherige Erkundigungen uns von der Richtigkeit der betreffenden Notiz zu vergewissern. Sollte den Leipziger Buchdruckern mit unseren an diese Notiz geknüpften Bemerkungen Unrecht geschehen sein, so würden wir das bedauern; es kann durchaus nicht in unserer Absicht liegen, irgend welches gespanntes Verhältnis zwischen uns und den unserem Verufe so nahe verwandten Arbeitern herbeizuführen; im Gegentheil, wir müßten darauf bedacht sein, ein möglichst kollegiales und solidarisches Einvernehmen zu fördern. Wir können aber solche Notizen, so weit sie uns wenigstens zu Gesicht kommen — nicht unwillkürlich in die Welt hinausgehen lassen. Eines aber erscheint uns nicht zutreffend in der Erklärung Verfassers. Wenn N. als Grund für seine Intervention sich auf eine Resolution, die aus den eigenthümlichen Leipziger Verhältnissen hervorgegangen ist, beruft, um sodann weiter zu sagen, daß er gegen eine Bewilligung von 1000 Mk. für die Stuttgarter Buchbinder nicht protestirt hätte, für die Leipziger aber auf Grund dieser Resolution keine Unterstützung bewilligen könne, so ist hierzu doch festzustellen, daß die 1000 Mk.

an die Hauptkassse nach Stuttgart eingesandt wurden mit dem Bemerkten: Für die Ausständigen in Deutschland. Den Leipziger hätte somit unglücklicher Weise nur ein Bruchtheil dieser Gelder zufließen können. Will man aber das verhilten und entspräche die betreffende Resolution wirklich der Auslegung N. 8, so würden wohl die Leipziger Buchdrucker sehr selten in die Lage kommen, überhaupt Streikende unterstützen zu können. Das ist wohl aber nicht anzunehmen, vielmehr kann man annehmen, daß N. hier nicht richtig unterrichtet gewesen ist, oder aber, daß das Geld statt an die Leipziger Kollegen an die Zentralkasse abgeliefert worden ist. D. H.

**Fragekasten.**

Frage: Auf welche Art wird ein Bogen Quittungsmarken à 100 Stück auf dem Bogen perforirt (gleich 10 Längs- und 10 Querschnitte der Bogen enthaltend)? Wird jeder Schnitt einzeln oder alle auf einmal gemacht? Was für Maschinen werden dazu verwendet? Für Aufklärung wäre ich sehr dankbar.

Beantwortung der Frage in Nummer 46. Um Gektographenmasse herzustellen, löst man 650 Gramm guten weißen Leim in 1 Liter Wasser auf und kocht ihn in einem irbenen Gefäß, gießt dann 650 Gramm Glycerin hinzu und läßt diese Masse nochmals mindestens 4 Stunden lang kochen. Der sich beim Kochen bildende Schaum muß sorgfältig entfernt werden. Das ist das beste und billigste Verfahren.

**Literarisches.**

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieck' Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 9.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist uns Nr. 25 des 10. Jahrganges zugegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

**Werkbüchlein über das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag** von Rich. Lipinski, Leipzig, Neudnitzstraße 11. Preis des Einzelneemplars 10 Pf., bei Bezug von größeren Partien dementsprechend Rabatt.

Im Verlage der „Sozialistischen Monatshefte“ sind soeben drei Broschüren erschienen, die einander bis zu einem gewissen Grade ergänzen. „Von Gotha bis Witten“ hat J. Auer zum Verfasser, „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“ Karl Legien und „Die Genossenschaftsbewegung“ Adolf v. Elm. Alle drei Schriftchen sind Niederdrucken eines Vortrags der Verfasser aus dem Mai d. J., woraus sich die knappe Behandlung des Gegenstandes erklärt, durch die sie sich fämiulich auszeichnen. Preis pro Broschüre 20 Pf.

„In freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk, in Wochenheften à 10 Pf. Die Hefen 45 bis 48 enthalten die Fortsetzung und Schluß des prächtig illustrierten kulturhistorischen Romans „Der Sohn des Nebellen“ von Victor Hugo. Ferner feinstillemontistische Skizzen, Novellen und kleine Notizen unter „Dies und Jenes“ und „Witz und Scherz“.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von 1,20 Mk., Postzeitungskatalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pf.-Hefen an. Wir empfehlen unseren Lesern dringend das Abonnement; gerade dieser Roman verdient seiner Tendenz wegen die Beachtung unserer Leser: in wunderbarer Sprachschönheit schildert er uns das innerste Wesen von Aristokratie und Monarchie und erfüllt die Doppelaufgabe: erzieherisch und unterhaltend zu wirken.

Ein neues sozialistisches Theaterstück hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., soeben erscheinen lassen: **Der verlorene Sohn** von G. Brezjan (Preis 1 Mk.); die sieben zur Aufführung nötigen Hefen à 50 Pf. (1,75 Mk.) seiner einfachen Szenerie, der gesunden, aber durchaus nicht ausbringlichen Tendenz und der scharfen Charakterisierung wegen dürfte sich das Stück besonders für Gewerkschafts- und Arbeiterfeste zur Aufführung eignen, da es den Konflikt schildert, in den der in der Fremde zum Klassenbewußten Gewerkschafter geschulte Tischler bei der Heimkehr in das Vaterhaus getrieben wird.

**Das Gewerbegericht**, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Stadtrath Dr. Fleiß, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Neimer in Berlin.)

**Briefkasten.**

G. Sch. in W. und andere Anfragende. Die Firma Berggöb in Pforzheim ist Buchdrucker und deshalb nicht gesperrt; wir haben uns selbstverständlich vor Aufnahme des Inserats darnach erkundigt.

G. H. in C. Der Anschluß des R. erfolgt in nächster Nummer. Wenn sich nur die Mitglieder daran gewöhnen möchten, die Korrespondenzen an den Verbandsvorstand von denen an die Zeitung geschleitet zu trennen, dann

könnte dergleichen nicht passieren. — Im Bericht habe ich das gestrichen, weil es doch wahrhaftig die Allgemeinheit nicht interessieren kann, unter welchen Umständen der Glückwunsch nicht ankam; das sollte man doch brieflich mit der Zahlstelle A. abmachen.

R. B. in R. Natürlich ist die Zahlstellenverwaltung nicht verpflichtet, jedem einzelnen Mitglied die Zeitung zuzustellen; sonst könnte z. B. der Berliner Bevollmächtigte bei 4000 Mitgliedern herumlaufen; das ginge doch wohl schließlich nicht.

D. S. in M. Sie haben recht, ich bin der Schulbige, ich habe es in der Eile übersehen. Sie hätten mich aber darauf aufmerksam machen können.

G. F. in B. und P. F. in L. In nächster Nummer. Zurückgestellt: Bericht aus Berlin und Berichtigung der Breslauer Innungsmeister.

**Abänderungen im Adressverzeichnis.**

**Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.**

Danzig: F. Steinweller, Frauengasse 52 II.  
 Nürnberg: Friedrich Laier, Rosengasse 5 II. (Vertrauensmann der Leberarbeiter: Johann Nowak, Bärenschanzstraße 53 III; Vertrauensmann der Kartonnagenbranche: Richard Wagner, Aufstraße 6 II I.)  
 Ruhl a. i. Thür: Heinrich Schäfer, Marienstraße 31.

**Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.**

Pforzheim. Z. K. M. Schuler, Restauration „Water Rhein“, am Koppelplatz. Ml. 18 Mk. Az. 10 St.

**Anzeigen.**

**Zentral-Ordnungs- und Begräbnisstelle der Buchbinder und verw. Geschäftszweige.**

698] [1.50

Verwaltungsstelle Dresden.

Am 13. November starb das Mitglied

**Richard Hönig**

im Alter von 54 Jahren an Lungenkatarrh.

Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Zahlstelle Berlin.**

Mittwoch den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

**Mitglieder-Versammlung.**

699] Tagesordnung: [3.70

1. Wahl der Delegirten zum Gantag.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschidenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Wir ersuchen alle diejenigen Mitglieder, deren Verbandsbücher mit dem Ablauf dieses Jahres vollgelebt sind, ihre Beiträge bis zum 31. Dezember ds. Jrs. im Voraus zu entrichten, da die alten Bücher nach Stuttgart gesandt werden müssen.

Montag den 31. Dezember

**Große Sylvester-Feier**

unter Mitwirkung des

**Buchbindermänner-Chors**

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.

**Sylvesterscherze Neujahrspost**

**Grosser Ball.**

Billets für Herren 50 Pf. inkl. Tanz, für Damen 25 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr Abends.

Um regen Vertrieb der Billets ersucht D. D.

Tüchtiger 700] [1.40

**Linierer**

auf Rollen und Federn, mit nur guten Zeugnissen, sucht anderweitig Stellung. Off. erb. unter W. 797 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Breslau.

**Zahlstelle Stuttgart.**

Montag den 10. Dezember, Abends 8 Uhr,

**Versammlung**

im „Gewerkschaftshaus“, Eßlingerstraße.

701] Tagesordnung: [1.20

1. Bericht der Lohnkommission.
2. Erhöhung der Sozialunterstützung.
3. Fragekasten. — Verschidenes.

Der Vorstand.

**Buchbinder-Männerchor Berlin.**

702] (Mitgl. d. Arch.-Sänger-Bundes.) [1.80

Dienstag den 25. Dezember

(1. Feiertag)

**Weihnachts-Feier**

in Feuersteins großem Saal,

Alte Jakobstraße 75,

bestehend in

**Sauzkränzchen, Gesang, Verlosung.**

Anfang 6 Uhr.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Unserem lieben Kollegen, dem Vorsitzenden unserer Zahlstelle 703] [1.00

**Max Wunschau**

zu seiner Abreise nach Dortmund ein

**„Herzliches Lebewohl!“**

Die Mitglieder der Zahlstelle Gelsenkirchen.

**Paul Regel aus Sachsen**

wird um Angabe seiner Adresse gebeten von [0.70

F. Müller, Würzburg,

704] Rothschelbengasse 5.

Der neue

**Lohntarif**

**für Buchbinder-Arbeiten**

(Minimaltarif)

wird an Verbandsmitgliedern zum Preise von 75 Pf. (einschließlich Porto und Verpackungskosten) abgegeben.

Preis für Nichtmitglieder 2 Mk.

Die Sonderausgabe für Arbeiterinnen ist zum Preise von 80 Pf. für Verbandsmitglieder und 50 Pf. für Nichtmitglieder zu haben bei Max Walter, Leipzig-Anger, Weissenburgstr. 18 II, im Verbandsbureau, Stuttgart, Sophienstraße 10, und bei Alb. Bergmann, Berlin, Bureau, Engel-Ufer 15. Dasselbst wird auch der Berliner Wächchentarif abgegeben.

**Buchbinder**

gesucht von größerer Buchfabrik für Musterarbeiten. Offerten mit Zeugnisschriften und Lohnansprüchen an die Expedition dieses Blattes erbeten. 705] [1.60

Empfehle den werthen Kollegen und Kolleginnen zu bevorstehendem Weihnachtsfeste meinen 706] [1.20

ff. Christbaumbehang, sowie

seine Leb- & Sonigtuchen etc.

Leipzig-Neuditz. G. Michael.

Gehtladen. Kohlgarten und Altenstraße. Gehtladen.

**O. Müllers Restaurant u. Café**

Möckern b. L., Kirchweg 32.

Endstation d. Gr. Elektrischen Strassenbahn

(Linie Möckern-Gonnwitz).

Fernsprech-Anschluss 7945.

Empfehle allen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen 707] Gelegenheiten zur Benutzung. [1.20

Piere und Preisen von bekannter Güte.

Mit Gruß Otto Müller.